

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

24. Sitzung vom 23. Juni 2025 von 19:00 bis 22.50 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz Marc Läubler, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiberin II

Präsenz **Einwohnerrat**
Mitglieder des Einwohnerrats: 39
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeindeammann
Thomas Burkard, Vizeammann
Roland Vogt, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin
Denise Strasser, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen
Roland Frick, Leiter Finanzen
Christine Fankhauser, Abteilungsleiterin Regionales Zivilstandsamt
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung
Susanne Breitschmid, Abteilungsleiterin Soziale Dienste
Dominic Bieri, Abteilungsleiter Schulsozialarbeit
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Marco Veil, Abteilungsleiter Regionalpolizei
Franziska Walti, Präsidium Schulleitungskonferenz
Paul Bitschnau, Präsidium Schulleitungskonferenz
Markus Beeler, Mitglied SLK
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Pirmin Wiederkehr, Abteilungsleiter Tiefbau und Verkehr
Nicole Brunner, Abteilungsleiterin Regionales Betriebsamt
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Gemeindeschreiber-Stv.
Livia Hunn, Lernende Gemeindekanzlei
Sacha Lattanzio, Abteilungsleiter-Stv. II Regionalpolizei

Entschuldigungen

Harry Lütolf, Die Mitte, **anwesend ab 19.02 Uhr**
Renato-Raffaele Hübscher, SVP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2024 (15147)
3. Bericht und Antrag 15149 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2026:
 - Bereich Zentrale Dienste – Regionales Zivilstandsamt (50%)
 - Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit (80%)
 - Bereich Sicherheit – Regionalpolizei (200%)
 - Bereich Volksschule – Schulverwaltung, Administration Musikschule (55%)
 - Bereich Planung, Bau & Umwelt – Umwelt & Energie (20% + 40%)
4. Bericht und Antrag 15148 Sanierung Industriestrasse – Etappe 1 und 2 – Genehmigung Verpflichtungskredite
5. Motion 15143 betreffend Ergänzung der Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertung» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024

Läuffer Marc, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 15149 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2026
- Bericht und Antrag 15148 Sanierung Industriestrasse – Etappe 1 und 2 – Genehmigung Verpflichtungskredite
- Einladung zur Kulturpreisverleihung
- Einladung zum Behörden-Apéro Jugendfest
- Kürzungsantrag SVP Wohlen-Anglikon, Ankündigung erfolgt bei Behandlung des Geschäftes Musikschule

Läuffer Marc, Präsident: Es lag eine Fraktionserklärung bezüglich der letzten Einwohnerratssitzung der Grünen vor, welche nun in Absprache mit Franziska Matter Schlein wieder zurückgezogen wurde.

Die SVP Wohlen/Anglikon hat auch eine Fraktionserklärung erstellt, welche Manfred Breitschmid allen bereits zugestellt hat. Nach Rücksprache mit Manfred Breitschmid wird darauf verzichtet, diese vorzulesen. Für das Protokoll halten wir fest, dass sich Samuel Keller auch dazu geäußert hat. Somit ist der Fall für alle Beteiligten abgeschlossen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024 (15147)**Geschäftsbericht und Jahresrechnung:**

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: Die Wirtschaftsprüfer Gruber & Partner AG haben im Jahr 2024 die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Wohlen bestehend aus der Bilanz, Erfolgs-, Investitions- und Geldflussrechnung zusammen mit dem Anhang geprüft. Gemäss Bericht vom 27. März 2025 bestätigt der Wirtschaftsprüfer, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung entspricht. Die Revisionsgruppen der FGPK haben ihrerseits die Jahresrechnung 2024 im Detail geprüft. Die FGPK hat das Schwergewicht der Kontrolle auf grosse Abweichungen zum Budget gelegt. Die aus der Rechnungsprüfung ergebenden Fragen wurden abschliessend und zur Zufriedenheit der FGPK beantwortet. In verschiedenen Sitzungen wurde mit dem Ressortvorsteher sowie mit dem Leiter der Finanzen die für die FGPK wichtigen Themen eingehend besprochen und analysiert. Des Weiteren haben Mitglieder der FGPK die Kassen der Finanzverwaltung, des Zivilstandsamts sowie der Einwohnerkontrolle unangemeldet geprüft. Dabei gab es keine Beanstandungen. Mitglieder der FGPK waren auch bei der Mütter- und Väterberatungen des Bezirks Bremgarten als Revisoren tätig. Auch hier gab es keine Beanstandungen.

Bezüglich Bilanz vom 21. Dezembers 2024 verweist die FGPK auf die Erläuterungen ab der Seite 83 des Geschäftsberichts.

Taxierte Steuern in Schweizer Franken. Die Soll-Vorgaben werden vom kantonalen Steueramt als Aufsichtsbehörde jährlich definiert. Die Taxationsleistung von 9'725 Steuerpflichtigen im Kalenderjahr 2024 hat gegenüber dem Vorjahr von 10'470 Steuerpflichtigen um 745 deutlich abgenommen. Das ausserordentliche Taxationsergebnis des Vorjahres konnte nicht erreicht werden. Im Jahr 2024 waren es 96.7% und im Jahr 2023 105.4%. Ein möglichst hoher Taxationsstand bildet die Grundlage für eine sichere Budgetierung. Daher ist es sinnvoll und wünschenswert, den erreichten Taxationsstand für die nächsten Jahre mindestens beizubehalten, wenn nicht gar zu erhöhen.

Erfolgsrechnung 2024 ohne Spezialfinanzierungen. Im Jahr 2024 sind in der Erfolgsrechnung CHF 72.72 Mio. betrieblicher Aufwand und CHF 70.33 Mio. betrieblicher Ertrag erfasst worden. Das Betriebsergebnis liegt somit bei - CHF 2.39 Mio. Trotz des Finanzbetrages von CHF 0.93 Mio. sowie den Ertrag der Aufwertungsreserven von CHF 1.26 Mio. bleibt ein negatives Ergebnis von CHF 0.2 Mio. Gegenüber dem Budget fällt das Gesamtergebnis von CHF 1.4 Mio. besser aus. Budgetabweichungen sind auf Seite 84 des Geschäftsberichts klar ersichtlich.

Die Grössenabweichungen:

- Höhere Steuereinnahmen als budgetiert: CHF 1.72 Mio.
- Höhere Restkosten der Pflegefinanzierung: CHF 1.04 Mio.
- Höhere ausplanmässigen Abschreibungen für die Anlagenwerte im Schulhaus Halden, die nicht mehr in Betrieb sind: CHF 0.58 Mio.

Kennzahlen: Gemäss § 26 der Finanzverordnung weist die Gemeinde im Budget und in der Jahresrechnung sieben Finanzkennzahlen zur Beurteilung und zum Vergleich aus.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist im Jahre 2024 mit 32.01% somit 11.88% über dem Vorjahreswert ausgefallen. Der Selbstfinanzierungsgrad ist aber noch immer enorm weit von den 50% entfernt, welche die kantonalen Finanzkennzahlen festhalten. Auch hat die pro Kopfverschuldung um 15% zugenommen. Von CHF 3'196 auf CHF 3'663. Laut den kantonalen Finanzkennzahlen sind pro Einwohner CHF 2'500 noch gut tragbar. Mit den geplanten und teilweise auch nötigen Investitionen werden die Selbstfinanzierungs- und Verschuldungskennzahlen noch gewaltig zunehmen.

Investitionsrechnung 2024: Die Einwohnergemeinde konsolidiert mit den Spezialfinanzierungen. Sie hat Netto CHF 13.81 Mio. investiert. Nach Abzug des Selbstfinanzierungsanteils bleibt ein Fehlbetrag von CHF 9.27 Mio. übrig. Dieser Fehlbetrag musste extern beschafft werden. Für die Spezialfinanzierung verweist die FGPK auf die Seiten 93 und 94.

Finanzielle Lage: Die Steuerkraft pro Einwohner 2024 erreichte die Gemeinde Wohlen bei den natürlichen Personen eine Steuerkraft von CHF 2'020. Im Vorjahr CHF 1'974, was eine minimale Verbesserung darstellt. Mehr aber auch nicht. Das Kantonsmittel der Gemeinden der natürlichen Personen liegt bei CHF 2'514 im Jahr 2023. Wohlen liegt also rund 21% unter diesem Wert.

Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt schonungslos auf, wie die Finanzkräfte der Gemeinde sind. Er zeigt, was selbstfinanziert werden kann und wie viel Fremdkapital eine Gemeinde organisieren, finanzieren und rückbezahlen muss. In der langfristigen Betrachtung von 1988 bis 2023 weist Wohlen einen Selbstfinanzierungsgrad von 62.8% aus. Das Kantonsmittel liegt in dieser Zeit bei über 95%.

Finanzverbindlichkeiten: CHF 60.2 Mio. im Jahr 2022 wurden bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 1% festgestellt. Die Gemeinde hat CHF 0.52 Mio. bezahlt für diesen Fehlbetrag. Im Jahr 2023 CHF 70.2 Mio. mit dem durchschnittlichen Zinssatz von 1.26% hat die Gemeinde CHF 0.83 Mio. für den Fehlbetrag bezahlt. Im Jahr 2024 CHF 90.2 Mio. mit einem Zinssatz im Durchschnitt von 1.35% waren es CHF 1.12 Mio. für dieses Darlehen.

Der Sportpark Bünzmatt AG mit Eishalle und Schwimmbad ist ein gelungenes, vom Volk gewünschtes und an der Urne bewilligtes Projekt. Bis heute ist die Restfinanzierung durch Dritte nicht gelungen. Die alleinige Eigentümerin ist die Einwohnergemeinde Wohlen. Der Beteiligungswert beträgt nominal CHF 3 Mio. In den Jahren 2021 und 2024 wurde aufgrund einer dauerhaften Wertverminderung die CHF 3 Mio. auf CHF 1.5 Mio. wertberichtigt. Da angenommen wird, dass ein ausgeglichenes Ergebnis per Ende 31. März 2025 präsentiert werden kann, wurde eine erneute Wertberichtigung nicht vorgenommen. Gemäss Bericht von Gruber & Partner AG auf der Seite 25 muss dieses Jahr entweder eine Fremdfinanzierung erfolgen oder der Sportpark Bünzmatt AG in der Einwohnergemeinde buchhalterisch integriert werden. Sollten die offenen Forderungen von CHF 5.44 Mio. der Einwohnergemeinde Wohlen nicht durch eine Bank abgelöst werden oder durch ein positives Jahresergebnis rückbezahlt werden, so ist eine erfolgswirksame Wertberichtigung im selben Umfang in der Jahresrechnung 2025 zu verbuchen. Das hätte nur für die Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde Wohlen einen negativen Einfluss, jedoch nicht für die Finanzverbindlichkeiten, da der Betrag während der Projektphasen für den Neubau der Eishalle und die Sanierung des Schwimmbades zur Verfügung gestellt wurde.

Mit Sorge betrachtet die FGPK die unterdurchschnittliche Steuerkraft der natürlichen Personen. Für den tiefen Selbstfinanzierungswert von 32.1%, die hohen und geplanten Investitionen, die auf die Gemeinde zukommenden hohen Abschreibungs- und Unterhaltskosten der Investitionen für den Sportpark Bünzmatt AG, ist jetzt eine Lösung zu finden.

Wir empfehlen bezüglich des Finanzplans und des daraus resultierenden Investitionsvolumen sehr pragmatische, finanzierbare und nachhaltige Lösungen. Wir empfehlen eine Steigerung der Steuerkraft der natürlichen Personen, obwohl wir genau wissen, dass dies eine grosse Herausforderung für die Gemeinde sein wird. Wenn der Rat die im Finanzplan aufgeführten Investitionen alle bewilligt, wird die Einwohnergemeinde Wohlen in den Jahren 2026 bis 2035 Abschreibungen von CHF 7.7 Mio. im Jahr stemmen müssen. Daher muss der Selbstfinanzierungsgrad zwingend dasselbe Niveau erreichen, damit wenigstens ein ausgeglichenes Ergebnis der Erfolgsrechnung erreicht werden kann. Sollte das nicht gelingen, würde die

Fremdfinanzierung noch weiter ansteigen und damit könnte auch eine Steigung des Zinsniveaus resultieren. Für das Finanzgleichgewicht der Gemeinde Wohlen wäre dies eine zusätzliche Hürde und Herausforderung.

Ich komme zum Bestätigungsbericht. Die FGPK hat nach den gesetzlichen Bestimmungen die Jahresrechnung und die Buchführung für das Rechnungsjahr 2024 geprüft. Der Gemeinderat ist für den Inhalt und das Ergebnis der Jahresrechnung verantwortlich. Zum Aufgabenbereich der Kommission gehört die Prüfung und Beurteilung der Jahresrechnung. Unterstützt durch die Revisionsgesellschaft Gruber & Partner AG hat die FGPK die Zusammenzüge, die Detailkonten sowie die übrigen Angaben der Jahresrechnung mit Stichproben geprüft. Die FGPK beurteilt die massgebenden Haushaltsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsrichtlinien sowie die Vollständigkeit und Richtigkeit der Grössenabweichungen. Die Bilanz, die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung, die Geldflussrechnung und der Anhang wurde von der Gruber & Partner AG geprüft. Den Fokus hat die FGPK bei der Prüfung auf Abweichungen zum Budget 2024 auf Über- und Unterschreitungen gelegt. Das Prüfungsurteil berücksichtigt sich zu den Ergebnissen der externen Bilanzrevision gemäss § 16 der Finanzverwaltung, welche durch Gruber & Partner AG durchgeführt wurden. Aufgrund unserer Prüfung bestätigen wir, dass die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt ist, die Erfolgs- und Investitionsrechnung sowie die Bilanz mit der Buchhaltung übereinstimmen. Die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage sowie die Darstellung der Jahresrechnung entsprechen den gesetzlichen Grundlagen der reglementarischen Vorschriften. Die FGPK stellt den Antrag und empfiehlt dem Einwohnerrat die Genehmigung der Jahresrechnung und des Jahresberichtes.

Geschäftsbericht

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Aufgabe der FGPK ist einerseits die Prüfung der Jahresrechnung andererseits die Prüfung des Geschäftsberichtes, um herauszufinden, was mit den finanziellen Mitteln geleistet worden ist. Der Präsident hat ausführlich zu den Zahlen Stellung genommen, weswegen ich davon ausgehe, dass die Geschäftsberichterstattung unbestritten ist und keinerlei Fragen aufgeworfen hat.

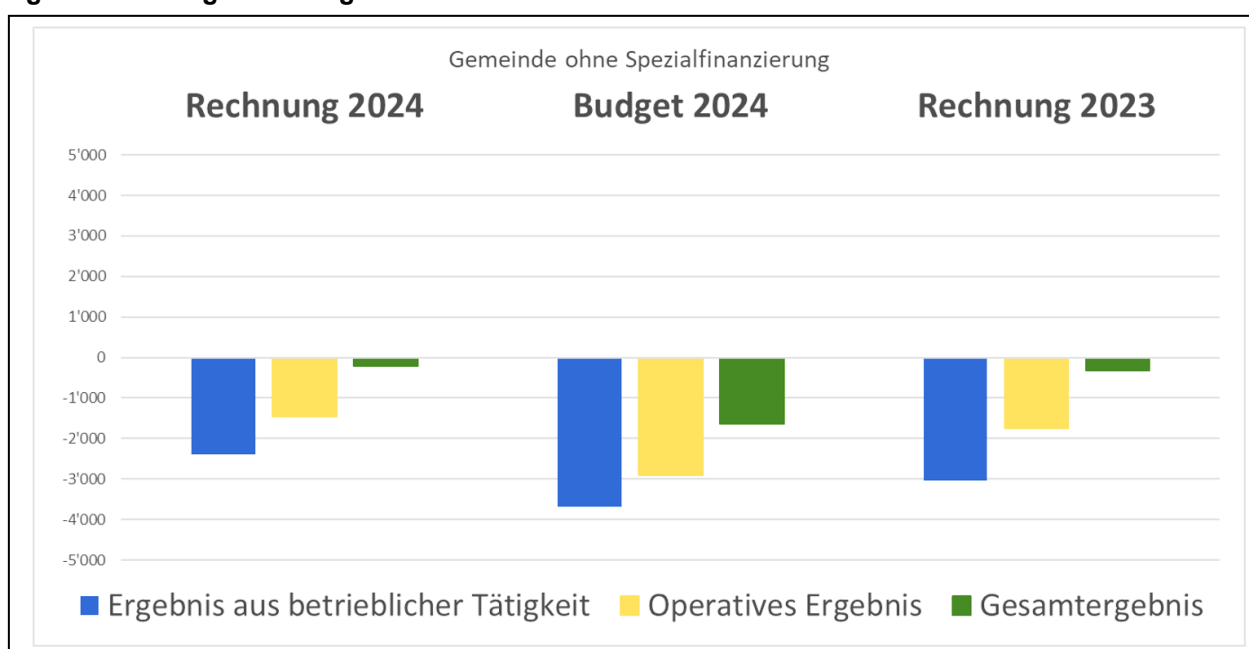
Der Geschäftsbericht 2024 der Gemeinde Wohlen vermittelt ein klares Bild. Unsere Verwaltung arbeitet breit abgestützt, leistungsstark und verantwortungsvoll. Der inhaltliche Teil macht deutlich, wie vielfältig und gleichzeitig fokussiert in allen Bereichen gearbeitet wurde. Von der Bildung über das Sozialwesen bis zur Sicherheit, Infrastruktur, Raumplanung und Kultur. Die Gemeindeverwaltung hat auch 2024 trotz zunehmender Komplexität, Digitalisierungsschritten und personellen Wechsels einen reibungslosen Betrieb sichergestellt. Die Weiterentwicklung der Organisation, die Einführung neuer Prozesse, aber auch die tägliche Bürgernähe zeigen: Dienstleistung, Verlässlichkeit und Qualität stehen im Zentrum des Handelns. Im Bildungsbereich haben Lehrpersonen, Schulleitungen und Verwaltung mit hohem Engagement dafür gesorgt, dass unsere Schulen ein stabiler Ort des Lernens, der Integration und der sozialen Entwicklung bleiben können. Die Schulsozialarbeit wurde gestärkt, Schnittstellen zum Kanton werden gepflegt und die Schulverwaltung wird trotz hoher Belastung effizient geführt. Die Schule in Wohlen ist weit mehr als nur Unterricht. Sie ist ein Raum, in dem die Zukunft gestaltet wird. Auch im Sozialbereich wurde Enormes geleistet: die Angebote der Kinderbetreuung, der Sozialdienste und der Jugend- und Altersarbeit wurden weiterentwickelt. Die Spitex und die Asylkoordination tragen alle dazu bei, dass in Wohlen ein solidarisches und lebenswertes Gemeinwesen entstehen kann und bleibt. Diese Arbeit geschieht oft im Verborgenen, hat aber eine grosse gesellschaftliche Wirkung. Im Bereich öffentliche Sicherheit sorgen die Regionalpolizei, Feuerwehr und der Bevölkerungsschutz für ein solides Sicherheitsgefühl in unserer Gemeinde. Sie sind einsatzbereit, präsent und gut vernetzt. Auch die Arbeit hinter den Kulissen, nicht nur wenn sie auf der Strasse zu sehen sind, sondern auch in Sachen wie Administration, Einsatzplanung oder Prävention verdienen unsere Anerkennung. Im Bereich Tiefbau und Verkehr sind 2024 weitere sichtbare Fortschritte erzielt worden. Ob Strassensanierungen, sichere Schulwege, neue Verkehrsführungen oder verbesserte Velowege: hier geht es um Alltagssicherheit und Mobilität für alle Generationen. Die verschiedenen Werke und die anderen Bautätigen wurden mit Weitsicht und Koordination betrieben, um die Synergien zu nutzen. Die Liegenschaftsabteilung sicherte den baulichen und betrieblichen Unterhalt aller gemeindeeigenen Gebäude, was ein oft unterschätzter, aber zentraler Bereich für funktionierende Schulen, Sportanlagen und Verwaltungseinheiten darstellt und brachte die wichtigen Bauprojekte vorwärts. Auch energetische Sanierungen und nachhaltige Bewirtschaftung wurden dabei mitbedacht. Im Bereich Raumplanung wurde an zentralen Weichenstellungen gearbeitet. Damit ist die Ortsplanungsrevision bis zu Entwicklungsstrategien für Wohn-, Gewerbe- und Freiräume gemeint. Hier entstehen langfristige Grundlagen für ein lebenswertes und gut organisiertes Wohlen von morgen. Besonders hervorzuheben ist auch das Engagement im Bereich Kultur, Freizeit und Sport. Veranstaltungen, Vereinsförderung, Beiträge an Kulturschaffende, der Betrieb von Einrichtungen wie der Badi oder der Bibliothek tragen alle zur Lebensqualität in der Gemeinde Wohlen

bei. Kultur schafft Begegnung, Identität und Teilhabe. Dass dies in Wohlen lebendig bleibt, ist dem Zusammenspiel von Verwaltung, Vereinen, Kulturschaffenden und Politik zu verdanken. Dieser Geschäftsbericht ist Ausdruck einer funktionierenden und engagierten Gemeinde. Er steht für verlässliche Arbeit, menschliche Nähe mit einem strategischen Blick. Ich möchte insbesondere den Mitarbeitenden danken, die oft in den Hintergrund geraten. Die unspektakulären Arbeiten in der Gemeindeverwaltung Wohlen bekommen oft zu wenig Beachtung. Für das ein grosses Dankeschön im Namen des Gemeinderates und der gesamten Gemeinde. Nur mit den Leistungen der Verwaltung, der Schule und sämtlichen Mitarbeitern der Organisationen wird das Leben in Wohlen so ermöglicht, wie es ist. Schlussendlich ist das ein grosser Dienst der Öffentlichkeit. Ich danke Ihnen für die positive Aufnahme des Geschäftsberichtes 2024. Gerne gebe ich Denise Strasser nun das Wort zur Jahresrechnung.

Jahresrechnung

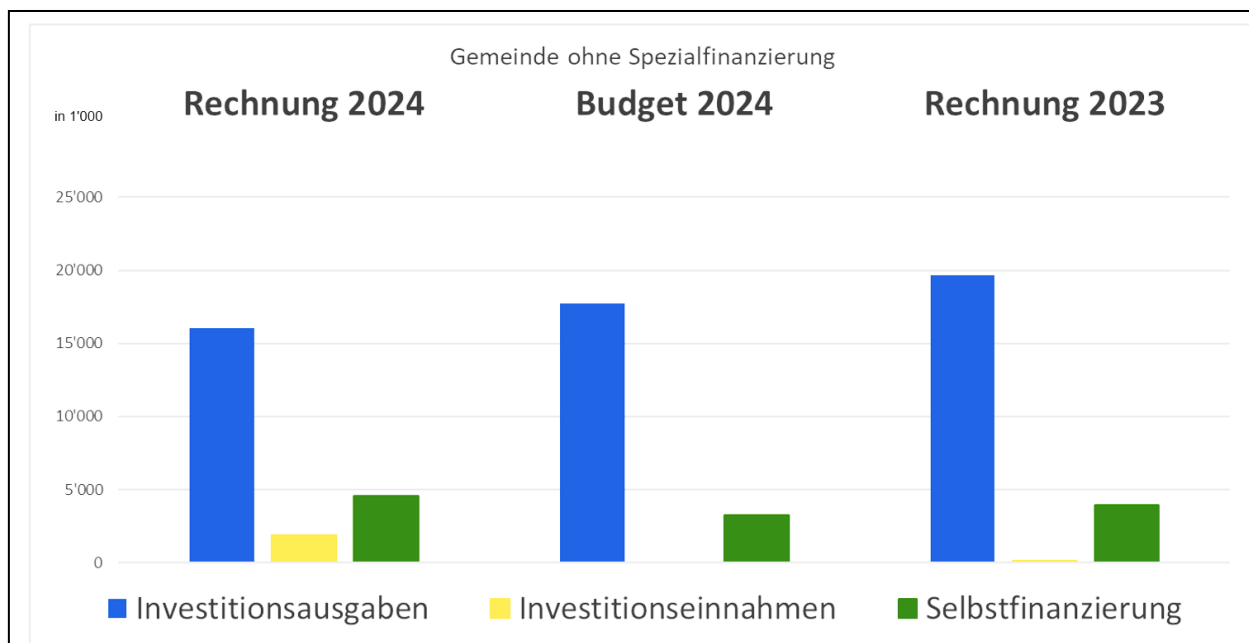
Denise Strasser, Gemeinderätin:

Ergebnis – Erfolgsrechnung



Ersichtlich sind die beiden Vergleiche der Rechnung 2024 mit dem Budget 2024 und der Rechnung 2023. Die Zahlen in der Grafik sind alle ohne Spezialfinanzierungen. Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit liegt gerundet bei CHF 1.3 Mio. über den Erwartungen des Budgets. Das operative Ergebnis weist mit CHF 1.4 Mio. praktisch dieselbe Differenz zum Budget auf, wie das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit. Die Rechnung 2024 schliesst mit einem geringen Aufwandsüberschuss von CHF 204'742 ab. Gegenüber eines gerundeten und budgetierten Aufwandsüberschuss von CHF 1.6 Mio.

Ergebnis – Investitionsrechnung



Die Rechnung 2024 weist Investitionsausgaben von CHF 16 Mio. gegenüber den budgetierten CHF 21.9 Mio. aus. CHF 13.5 Mio. sind davon in die Bildung investiert worden. Das sind CHF 4.9 Mio. weniger als budgetiert. Dafür wurde im letzten Jahr CHF 1.8 Mio. mehr benötigt als budgetiert. Das betrifft vor allem die Anlage Halden und die Turnhalle Junkholz. Die gerundeten CHF 1.9 Mio. Investitionseinnahmen sind hauptsächlich Subventionen für das Bahnhofprojekt. Die Rechnung 2024 weist ein Selbstfinanzierungsgrad von CHF 4.5 Mio. aus und liegt somit mit CHF 2.2 Mio. klar über den Prognosen dank des geringeren Aufwandsüberschusses der Erfolgsrechnung.

Abweichungen über CHF 100'000 – Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierung

VERBESSERUNGEN	Re 2024	Bu 2024	Diff.	Re 2023
Steuern	47'624	46'000	1'624	44'942
Materielle Hilfe	3'028	4'100	-1'072	3'511
Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'993	2'270	-277	2'418
Gebühren für Amtshandlungen	2'919	2'643	276	2'595
Material- und Betriebsaufwand	1'796	1'994	-198	1'922
Personalaufwand	19'466	19'646	-180	18'602
Spitex - Rückerstattung	157	0	157	97
Honorare externe Berater, Gutachter	529	644	-115	539
Kanton - Agglobeiträge	138	29	109	29
			-4'008	
VERSCHLECHTERUNGEN	Re 2024	Bu 2024	Diff.	Re 2023
Restkosten Pflegefinanzierung	4'735	3'700	1'035	3'969
ausserplanmässige Abschreibungen	579	0	579	0
Ver- und Entsorgung Liegenschaften	1'592	1'143	450	1'460
Dienstleistungen Dritter	2'368	2'163	205	2'309
planmässige Abschreibungen	4'787	4'610	177	4'582
Finanzierung nicht bez. KK-Prämien	775	620	155	700
Erhöhung Wertberichtigung Steuern	119	0	119	-319
			2'720	

Eine Verbesserung haben wir erfreulicherweise bei den Steuereinnahmen von CHF 1.6 Mio. feststellen können. Gewisse Positionen sind schwer vorhersehbar. Was mit einer Abweichung von CHF 198'000 bei den natürlichen Personen fast eine Punktlandung ist, gibt es bei den juristischen Personen einen Betrag

von CHF 702'000 über dem Budget. Mehrerträge haben wir auch bei der Quellensteuer von CHF 609'000 sowie bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit CHF 221'000 über dem Budgetbetrag. Erfreulicherweise gibt es auch bei der materiellen Hilfe wieder eine Verbesserung von CHF 1 Mio. Mit dem Unterhalt an den Hochbauten wurde weniger viel ausgegeben als budgetiert, was wieder mal belegt, dass mit der Aussage, dass der Budgetbetrag sowieso ein ausgeschöpfter Fall ist, genau das Gegenteil der Fall ist. Mehr Einnahmen gab es bei den Gebühren für Amtshandlungen. Die Verbesserung beim Personalaufwand betrifft die Löhne der Lehrkräfte. Ein grosser Teil davon betrifft die Musikschule, weil diese weniger Schüler hatten, wie angenommen. Die Restkosten der Pflegefinanzierung weist einmal mehr eine grosse Differenz zum Budget sowie auch zur Vorjahresrechnung auf. Die ausserplanmässigen Abschreibungen betreffen objektiv die Schulanlage Halden, welche mit der Sanierung nicht mehr genutzt werden können. Wegen der hohen Strom- und Gas Preisen haben wir bei den Ver- und Entsorgungen der Liegenschaften eine grosse Differenz. Das haben wir bei der Rechnung 2023 bereits gehabt. Die Ausgaben für Dienstleistungen für Dritte sind ebenfalls gestiegen. Von dieser Differenz sind allein CHF 130'000 angeordnete Massnahmen des Familiengerichts. Die planmässigen Abschreibungen sind höher, weil die Abschreibung der sanierten Dreifachturnhalle im Budget nicht ausgewiesen worden ist.

Finanzierung / Nettoschuld – Selbstfinanzierung / Normsteuerertrag

– **Darlehensschulden Erhöhung um CHF 20 Mio. auf CHF 90 Mio.**

– Liquidität um CHF 11,3 Mio. erhöht

– **Nettoschuld Erhöhung von CHF 56 Mio. auf CHF 65 Mio.**

– **Selbstfinanzierung CHF 4,5 Mio.**

- Aufwandüberschuss	- CHF 204'742.33
+ Abschreibungen	CHF 6'018'419.00
+ Einlage in Fonds /- Entnahme Fonds	- CHF 17'288.85
- Entnahme Aufwertungsreserve	- CHF 1'256'647.30

– **Normsteuerertrag – Erhöhung CHF 34 – CHF 2'373 (CHF 2'339)**

Präsentation FGPK: eigene Berechnung – inzwischen definitiv, Anpassung mittlerer Steuerfuss 101% - Einwohnerzahlen kant. Statistik

Die Darlehensschuld erhöht sich um CHF 20 Mio. und ist nun neuerdings bei CHF 90 Mio. Mit einem durchschnittlichen Zinssatz bei diesem Darlehen von 1.35% sind wir zurzeit gut bedient. Die Nettoschuld erhöht sich um CHF 9 Mio. Das heisst von CHF 56 Mio. auf CHF 65 Mio. Die Selbstfinanzierung lässt sich mit dem Ergebnis der Abschreibungen, der Einlageentnahmen aus Fonds und der Entnahme aus den Auswertungsreserven berechnen und ist im Jahr 2024 bei CHF 4.5 Mio. Der Non-Steuerertrag hatte eine kleine Erhöhung von CHF 34. Bei der FGPK-Sitzung war es ein anderer Betrag, weil es damals eine eigene Berechnung war, wovon wir nun die definitiven Zahlen haben. Es fiel zu dieser Zeit etwas positiver aus.

Früherkennung

Kennzahl / Bewertung mit Punktzahl	0	1	2	3	4
Nettoschuld/Kopf (Rechnung 2023)	> 5'000 Fr.	2'501 bis 5'000 Fr.	1'001 bis 2'500 Fr.	0 bis 1'000 Fr.	< 0 Fr.
Nettoschuld/Kopf (Planjahr 2027)	> 5'000 Fr.	2'501 bis 5'000 Fr.	1'001 bis 2'500 Fr.	0 bis 1'000 Fr.	< 0 Fr.
Kapitaldienstanteil (Budget 2024)	> 20 %	15 bis 20 %	10 bis 15 %	5 bis 10 %	< 5 %
Selbstfinanzierungsgrad (Durchschnitt 2023 bis 2027)	< 50 %	50 bis 70 %	70 bis 90 %	90 bis 100 %	> 100 %
Selbstfinanzierungsanteil (Durchschnitt 2023 bis 2027)	< 0 %	0 bis 10 %	10 bis 15 %	15 – 20 %	> 20 %

Seit dem Januar 2019 wird das Früherkennungssystem zur Finanzaufsicht der Gemeinde eingesetzt. Das System dient der frühzeitigen Identifikation kritischer finanzieller Entwicklungen. Es basiert auf vier Kennzahlen, welche die vergangenen Rechnungsabschlüsse, das aktuelle Budget und die mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt. Die Auswertung erfolgt jährlich bis in die Mitte des Jahres und fliesst in die Budgetprüfung der Gemeinde mit ein.

Verschuldungssituation									
Budget	Nettoschuld I pro Einwohner Jahresrechnung			Nettoschuld I pro Einwohner Planjahr			Kapitaldienstanteil Budget		
			Bewertung (Gew 100%)			Bewertung (Gew 30%)			Bewertung (Gew 70%)
2020	2019	1'878	2	2023	6'421	0	2020	6.60%	2.1
2021	2020	1'642	2	2024	6'044	0	2021	6.50%	2.1
2022	2021	1'480	2	2025	7'254	0	2022	6.70%	2.1
2023	2022	2'368	2	2026	6'813	0	2023	8.40%	2.1
2024	2023	3'210	1	2027	6'330	0	2024	9.20%	2.1

Finanzierungssituation									
Budget	Selbstfinanzierungsgrad Jahresrechnung, Budget, Planjahre			Leistungsfähigkeit Selbstfinanzierungsanteil Jahresrechnung, Budget, Planjahre			Haushaltgleichgewicht Jahresrechnung, Budget, Planjahre		
			Bewertung			Bewertung		Bewertung	Gesamt-bewertung
2020	2019-2023	25.8%	0.34	2019-2023	6.9%	0.58	2017-2023	18'936'581	6.0
2021	2020-2024	21.2%	0.6	2020-2024	5.8%	0.58	2018-2024	14'798'995	6.3
2022	2021-2025	25.3%	0.8	2021-2025	7.2%	0.78	2019-2025	10'064'756	6.7
2023	2022-2026	25.9%	0	2022-2026	6.9%	0.78	2020-2026	9'307'660	5.9
2024	2023-2027	23.1%	0.06	2023-2027	5.9%	0.58	2021-2027	2'798'053	4.7

Die Ergebnisse unterstützen den Gemeinderat bei der Festlegung von finanzpolitischen Massnahmen. Die Kennzahlen bewerten die Verschuldung, die Finanzierung und die Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Im damaligen Finanzplan ist im Planjahr 2023 eine Nettoschuld von CHF 6'421 ausgewiesen gewesen. Die tatsächliche Nettoschuld weist im Jahr 2023 nur CHF 3'210 aus. Manchmal kann die Zeit auch für uns laufen und tritt nicht ganz so schlimm ein, wie erwartet. Nichtsdestotrotz hat die Gesamtbewertung das letzte Jahr stark abgenommen und wir sind mittlerweile im orangen Bereich.

Das bedeutet, dass sich die Gemeinde im interkommunalen Vergleich im hinteren Mittelfeld befindet. Möglicherweise besteht ein finanzpolitischer Handlungsbedarf. Dem Gemeinderat wird empfohlen, dass er sich intensiv mit den Ursachen und Risiken der Finanzlage sowie den Zukunftsperspektiven auseinandersetzt.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass es genügt, wenn sich die Ausgaben und die Einnahmen ausgeglichen halten. In der aktuellen Situation der Gemeinde Wohlen reicht das jedoch nicht. Zwar fällt das Jahresergebnis 2024 besser aus, wie budgetiert, jedoch bleibt die Rechnung trotzdem defizitär. Die Selbstfinanzierung reicht nicht, um die anstehenden Investitionen zu decken. Auch mit einer Steuerfusserhöhung wird es schwierig, künftig auf zusätzliche Fremdfinanzierungen zu verzichten. Fremdfinanzierungen führen nicht nur zu laufenden höheren Kosten, sondern erhöhen spürbar das finanzielle Risiko der Gemeinde.

Fraktionsmeinungen

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon möchte sich zuerst bei der Gemeindeverwaltung und allen Beteiligten für den Geschäftsbericht 2024 und die Jahresrechnung 2024 bedanken. Dahinter steckt viel Arbeit. Der Geschäftsbericht bildet gut ab, wie vielfältig unsere Gemeinde ist und wie viele Menschen dazu beitragen, dass wir in einem funktionierenden und lebendigen Wohlen leben dürfen. Unsere Fraktion möchte an dieser Stelle gerne auf mehrere für uns interessante Zahlen im Geschäftsbericht hinweisen. So ist gemäss Seite 54 der Leerwohnungsbestand innerhalb von einem Jahr von 104 auf 160 Wohnungen gestiegen. Gesamtschweizerisch geht diese Entwicklung jedoch in eine andere Richtung. Wir müssen uns bewusst sein, dass leere Wohnungen auch ein Potential für ein starkes Bevölkerungswachstum darstellen, was wiederum eine stärkere Nutzung für unsere Infrastruktur, insbesondere beim Schulraum, nach sich ziehen kann. Auf der Seite 76 wird darauf hingewiesen, dass 2024 das Baurecht auf dem Isler-Areal an Xaver Meyer vergeben worden ist. Wir erwarten, dass möglichst bald ein Bauprojekt umgesetzt werden kann, damit wir mit Baurechtszinsen für unsere Gemeindekasse rechnen können. Besonders besorgt schauen wir auf die gestiegenen Einsätze der Regionalpolizei für Aufträge von Betreibungsämtern, was auf der Seite 44 ersichtlich ist. Innerhalb von einem Jahr gab es fast eine Verdoppelung der Einsätze von knapp 600 auf über 1'000. Ebenfalls problematisch ist, dass wir eine Zunahme von Betreibungen festzustellen haben. Wir hoffen, dass es sich hierbei um keinen langfristigen Trend der Abnahme der Zahlungsmoral handelt. Darum gilt es auch jetzt die für Wohlen überdurchschnittliche Quote von 19% an Steuerausständen im Blick zu halten. Besonders freut uns, dass gemäss Seite 85 der Aufwand für die öffentliche Verwaltung, gemessen am gesamten Nettoaufwand konstant bei 13% geblieben ist, obwohl eine Studie eines Instituts für Wirtschaftspolitik in Luzern davon ausgeht, dass gerade bei Agglomerationsgemeinden dieser Anteil tendenziell steigt. Wir werden uns als Fraktion weiterhin dafür einsetzen, dass das nicht der Fall sein wird. Zur Jahresrechnung möchte ich festhalten, dass die Jahresrechnung 2024, wie bereits gehört, mit einem leichten Minus von CHF 260'000 abschliesst. Es freut uns sehr, dass der Steuerertrag über dem Budget liegt und die Sozialhilfekosten tiefer ausfallen als budgetiert. Besonders, weil wir diese nicht wirklich beeinflussen können. Sehr schwierig ist für unsere Fraktion, wobei wir bereits vor einem Jahr darauf hinweisen mussten, dass die Pflegekosten erneut sehr stark angestiegen sind. Mittlerweile ist diese für uns nicht steuerbare Entwicklung in diesem Bereich so stark, dass wir auf eine Steuerfusserhöhung nicht so leicht verzichten können. Die Frage ist in diesem Falle nur noch, wie stark diese ausfallen muss. Auf Entlastungen durch kantonale Entscheide zu hoffen, das ist das eine. Jedoch dürfen wir nicht nach dem Prinzip Hoffnung budgetieren, sondern gemäss den realen finanziellen Zahlen. Trotz den Wahlen im Herbst erwartet unsere Fraktion Kompromissbereitschaft der anderen Einwohnerratsfraktionen und des Gemeinderates. Nur gemeinsam bringen wir Wohlen vorwärts. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon genehmigt den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Der Jahresbericht 2024 zeigt auf, was im vergangenen Jahr in Wohlen alles passiert und geleistet worden ist. Wie bereits mein Vorredner erwähnte, sind das auch für unsere Fraktion eindrückliche Zahlen und ein spannender Einblick in all die verschiedenen Bereiche und Aufgaben, die eine solch grosse Gemeinde wie Wohlen zu bewältigen hat. Auch wenn ich normalerweise im Alltag digital unterwegs bin, möchte ich den Geschäftsbericht immer in Papierform haben, damit ich immer wieder tagelang darin blättern und spannende Fakten daraus entnehmen kann. Zum Beispiel aus welcher Gemeinde welche Schülerinnen und Schüler in Wohlen die Schule besuchen oder wie oft und aus welchen Gründen die Regionalpolizei ausgerückt ist, aber auch wie viele kulturelle Veranstaltungen in Wohlen stattgefunden haben oder was alles das ganze Jahr von unseren Werkhofmitarbeiterinnen und Mitarbeiter erledigt wird. Das sind nur kleine Beispiele von diesen vielen Leistungen, die hier aufgeführt sind. An dieser Stelle dankt

unsere Fraktion allen 175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Gemeinde für ihren tagtäglichen Einsatz, welcher unsere Gemeinde so attraktiv und lebenswert macht. Besonders Freude macht mir die diesjährige Jahresrechnung. Auch wenn die Rechnung ohne Spezialfinanzierungen ein Defizit von rund CHF 200'000 ausweist. Das ist insgesamt CHF 1.4 Mio. besser als budgetiert. All diese Effekte, welche dazu geführt haben und uns Denise Strasser zuletzt erklärt hat, sind detailliert im Bericht aufgeführt. Es bleibt aber dabei, dass Wohlen nach wie vor in einem Investitionszyklus ist und viel Geld ausgibt. Die Schulden steigen und sind Ende 2024 bei einer Höhe von CHF 90.2 Mio. Die aktuelle Selbstfinanzierung von rund CHF 4.5 Mio. reicht nicht, um die jährlichen Abschreibungen von rund CHF 6 Mio. zu decken. Ein kleiner Lichtblick ist jedoch, dass der Normsteuerertrag von den natürlichen Personen im letzten Jahr wieder leicht gestiegen ist. Hierbei stütze ich mich auf die Zahlen des Revisionsbericht von Gruber & Partner. Mit einem Wert von CHF 2'020 pro Einwohner liegt die Steuerkraft von Wohlen zwar 21% unter dem Kantonsschnitt, ist aber der höchste Wert in den letzten zehn Jahren. Die Entwicklung muss zwingend weiter forciert werden. Es ist somit wichtig, dass weiterhin gute Steuerzahler nach Wohlen kommen und sich die Steuerkraft erhöht. Für die Zukunft heisst das aus unserer Sicht, dass alle Investitionen nach wie vor kritisch hinterfragt werden müssen. Investitionen dürfen nur gemacht werden, wenn sie zwingend nötig sind, wie zum Beispiel für den Schulraum oder wenn sie langfristig Ersparnis oder einen deutlichen Mehrwert einbringen. Nichts mehr zu investieren, das Gemeindepersonal einem Burnout auszusetzen und die Infrastruktur, wie die Strassen und Kanalisationen verrotten lassen, ist nicht in unserem Sinn. Was unbedingt geregelt werden muss, ist die Situation rund um den Sportpark Bünzmatt. Dort wird erwartet, dass vom Gemeinderat das Resultat von den Abklärungen, welche Rechtsform in Zukunft Sinn macht und wie er sich vorstellt, dass die Schulden von der AG gegenüber der Gemeinde geregelt werden. Die Fraktion GLP/EVP genehmigt die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2024 einstimmig. Der Abschreibung von den sechs Vorstössen werden wir ebenfalls zustimmen.

Hauri Claudia, SVP: Wir haben den 194-seitigen Geschäftsbericht mit der Jahresrechnung 2024 analysiert. Er ist illustrativ und sehr ausführlich. Wir danken den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erstellung. Erfreulich ist, dass der Abschluss CHF 1.4 Mio. besser ist, wie budgetiert. Das zeigt jedoch nicht über die Tatsache hinweg, dass der Abschluss mit einem Minus von CHF 0.2 Mio. noch immer negativ ist. Erneut weise ich auf die miserablen Kennzahlen ohne Spezialfinanzierungen der Einwohnergemeinde Wohlen hin. Das habe ich bereits mehrmals in meinen Voten erwähnt. Die Nettoschuld 1 pro Einwohner sind CHF 3'633. Das ist 15% höher als im Vorjahr. Nur bis CHF 2'500 ist gemäss den kantonalen Finanzkennzahlen tragbar. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 32.01%. Im Vorjahr war er sogar nur 20.13% gewesen. Gemäss den kantonalen Finanzkennzahlen sollte der Selbstfinanzierungsgrad höher als 50% sein. Erstaunlich sind diese Finanzkennzahlen nicht. Gemäss Prüfungsbericht von Gruber & Partner für das Jahr 2023 liegt die Steuerkraft der natürlichen Personen mit CHF 1'974 pro Person 21% unter dem kantonalen Durchschnitt, währenddessen der Nettoaufwand pro Person 2% über dem kantonalen Durchschnitt liegt. Die Zahlen für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor, jedoch werden diese vermutlich ähnlich schlecht ausfallen. Es ist kein Finanzstudium notwendig, um zu verstehen, dass Wohlen immer mehr verarmt. Die Verschuldung liegt in der Zwischenzeit bereits bei CHF 90 Mio. Das beträgt 63% mehr wie im Jahr 2021. Stellen Sie sich vor wir haben CHF 90 Mio. Schulden bei 18'000 Einwohner. In Anbetracht dieser Zahlen frage ich mich wieso in diesem Einwohnerrat fast alle Kredite durchgewinkt werden. Die Schulhausprojektierungskredite müssen zuerst vom Volk abgelehnt werden, bevor eine kritische Sparanalyse stattfindet. Wir fragen uns, ob wir weiterhin mit Scheuklappen durch die Gegend laufen wollen. Im 194-seitigen Geschäftsbericht ist die äusserste Bekehrung die Finanzierungssituation von der Sportpark Bünzmatt AG nicht erwähnt worden. Erst nach Rückfrage der FGPK und nach dem Studium des Berichts von Gruber & Partner sind wir informiert worden. So muss im jetzigen Jahr entweder eine Fremdfinanzierung von der ausstehenden Finanzschuld von CHF 5.44 Mio. von der Sportpark Bünzmatt AG möglich sein oder sie muss in die Einwohnergemeinde integriert werden. Anderen Falls müssen die noch ausstehenden Finanzschulden von CHF 5.44 Mio. erfolgs- aber nicht liquiditätswirksam abgeschrieben werden. Wir fragen uns, warum wurde dieses Thema im Geschäftsbericht nicht erwähnt. In der Zukunft ist es absolut notwendig, dass alle Parteien sämtliche Ausgaben kritisch hinterfragen. Kürzungsanträge werden notwendig sein und müssen auch unterstützt werden.

Arnet Martina, SP: Der Geschäftsbericht 2024 ist sehr umfangreich und erbringt einen guten Überblick ins Geschäftsjahr 2024 von Wohlen. Man erhält einen Überblick und sieht, was in Wohlen alles gemacht, geleistet und gearbeitet wird. Das umfasst sehr viel und dabei empfinden wir auch vieles davon als sinnvoll. Es gibt viele spannende Sachen zu sehen, wie zum Beispiel die Entwicklung der Bevölkerung, aus welchen Ländern die Leute kommen, die in Wohlen wohnhaft sind und so weiter. Ebenfalls besonders aufgefallen ist uns, wie die Zahl der Sozialhilfebeziehenden im Vergleich zum Jahr 2023 abgenommen hat, was wir als positiv werten. Wir danken der Verwaltung und allen Mitwirkenden für die Zusammenstellung des umfangreichen Geschäftsberichtes und für ihre Arbeit. Die Jahresrechnung 2024 schliesst positiver ab als budgetiert, was äusserst erfreulich ist. Die Erläuterungen haben wir bereits zur Jahresrechnung gehört. Die SP

nimmt diese zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für die Zusammenstellung. Die Fraktion SP genehmigt den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung und stimmt der Abstimmung der sechs Vorstösse zu.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Auch wir möchten uns bedanken. Die Behörden und die Leute machen eine Riesenaufgabe. Ich habe mich vorhin auf die Zahlen konzentriert und möchte mich nun seitens der FGPK ebenso bedanken. Die Mitte bedankt sich ebenfalls für diesen ausführlichen Geschäftsbericht. Die Vorredner haben diesbezüglich bereits alles gesagt. Wir erfreuen uns daran, dass wir aus dem Geschäftsbericht entnehmen können, dass es Mitarbeiter gibt, die bereits seit 20 Jahren oder länger in der Gemeinde Wohlen arbeiten. Das ist super und zeigt, dass die Gemeinde Wohlen einen guten Job macht. Was wir uns hierbei jedoch gefragt haben, ist, warum diese namentlich nicht erwähnt worden sind. Hat das einen bestimmten Grund? Eventuell wegen den Daten oder wollten diese nicht? Wir sind dankbar, dass wir solch gute Leute haben und hoffen, dass viele so lange bleiben. Mit diesem Wissen, dass diese Leute haben, können wir davon zehren. Auch interessant war für uns zu sehen, wie die Vielfältigkeit der Schule voran geht, was die Schüler später umgesetzt bekommen. Über was wir uns auch Gedanken gemacht haben, sind die Zahlen des Geschäftsberichts. Hier haben wir uns auch gefragt, wo das hinführt. Was können wir tun, dass wir stärkere Steuerzahler nach Wohlen bringen können? Es wird nicht einfach sein, denn Wohlen hat auch seine Nachteile. Wohlen bringt jedoch auch sehr viele Vorteile mit. Das wissen auch alle hier im Saal. Einer davon ist der Schüwopark respektive der Sportpark Bünzmatt. Dieser müssen wir dieses Jahr lösen. Um eine Lösungserarbeitung wird der Einwohnerrat und der Gemeinderat nicht darum herumkommen, denn diese wird benötigt, um fortfahren zu können. Die Mitte sagt danke zum Geschäftsbericht und nimmt diesen zur Kenntnis. Wir sagen ebenfalls Ja zu den Vorstössen, die abgeschrieben werden sollen.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die Fraktion der Grünen wird den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2024 mit grosser Anerkennung und Dankbarkeit genehmigen. Später wird sich Patrick Schmid noch zur Jahresrechnung äussern. Besonders hervorheben möchten wir den Geschäftsbericht als spannendes und bereicherndes Dokument. Er vermittelt nicht nur einen transparenten Einblick in die finanzielle Situation der Gemeinde Wohlen, sondern auch in zahlreiche inhaltliche Entwicklungen, Entscheidungen und Herausforderungen des vergangenen Jahres. Der Bericht zeigt eindrücklich wie breit gestützt und vielfältig das kommunale Engagement in Wohlen ist. Zahlreiche Informationen und Kenntnisse lassen sich daraus gewinnen. Beispielsweise zur Entwicklung zur Sozialhilfe, zur Pflegefinanzierung, zu Investitionsprojekten oder zu den Aufgaben im Bildungsbereich. Besonders erfreulich ist die deutliche Investition in die Bildung, wie beispielsweise bei der Schulanlage Halde sichtbar wird. Hier zeigt sich das Engagement für gute Lernbedingungen, Nachhaltigkeit und langfristige Infrastrukturplanung. Ebenso informativ sind zum Beispiel die Ausführungen zur Vorbildfunktion unserer Gemeinde mit dem Projekt «Natur findet statt», die Veränderung im Personalwesen oder zu den Herausforderungen der Pflegefinanzierung. Ein Bereich, der in Zukunft mehr Aufmerksamkeit verdienen wird. Auch das erfolgreiche Haushalten trotz angespannter Rahmenbedingungen ist ein Zeichen von verantwortungsvoller Gemeindeführung. Die Fraktion der Grünen dankt der Verwaltung und allen Mitarbeitenden herzlich für ihren grossen Einsatz und ihre Offenheit, mit welcher sie die Gemeindeführung dokumentieren und zur Diskussion stellen. Der Geschäftsbericht ist für uns nicht nur ein Rechenschaftsbericht, sondern auch ein wertvolles Instrument zur Mitgestaltung und Meinungsbildung in der kommunalen Politik.

Schmid Patrick, Grüne: Wir bedanken uns herzlich bei allen am Bericht beteiligten Personen. Ebenfalls bedanken wir uns für die disziplinierte und genaue Führung des Budgets. Dank einer hohen Budgetdisziplin schliessen wir die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von etwas über CHF 200'000 ab. Bei einem Gesamtumsatz von rund CHF 110 Mio. entspricht das 0.2%, was einem ausgeglichenen Budget entspricht. Das ist eine sehr gute Leistung. Nichtsdestotrotz hatten wir hier auch etwas Glück, dass wir nicht so schlecht abgeschlossen haben, wie wir budgetiert haben. CHF 1.4 Mio. weniger Ausgaben sind nun eine kleine Erholung aber noch lange nicht das Ende. Wir hätten mit kleinen Abweichungen im Prozentbereich ein massives Defizit erzielen können. Ein Teil der Verbesserung des Budgets ist vorhanden, weil wir gewisse Projekte dieses Jahr nicht durchführen konnten. Diese werden jedoch noch folgen. Es wäre unvorsichtig zu glauben, dass wir jedes Jahr so mit einem blauen Auge davonkommen, wie in diesem Jahr. Wir entwickeln uns klar in den letzten Jahren von einer schwarzen Null zu einer roten Null und müssen dabei mit einem potenziellen Verlust rechnen. Nach wie vor erachten wir eine Anpassung des Steuerfusses gemäss dem Finanzplan bei den Budgetverhandlungen als absolut notwendig, um aus der Schuldenfalle herauszukommen. Natürlich nehmen wir die Jahresrechnung auch zur Kenntnis.

Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Wenn man die Erfolgsrechnung 2024 ohne Spezialfinanzierungen betrachtet, hat die Gemeinde einen minimalen Aufwandüberschuss von rund CHF 200'000. Das klingt im ersten Moment harmlos und fast schon positiv, aber dieses Ergebnis ist nicht entstanden, weil wir die Finanzen im Griff haben, sondern weil wir wichtige Aufgaben verschoben oder nicht umgesetzt haben. Investitionen wurden nur teilweise gemacht und Projekte wurden verzögert. So entsteht zwar ein schöner Abschluss, aber die strukturellen Probleme bleiben bestehen. Zum Thema Schulden möchte ich gesagt haben, dass die langfristigen Finanzverbindlichkeiten bei rund CHF 90 Mio. liegen. Davon hat man im letzten Jahr gerade mal eine halbe Million getilgt. Klar, die Gemeinde muss liquide bleiben, jedoch wird irgendwann auch einen Tilgungsplan gebraucht, auch wenn die Zinsen im Moment tief sind. Die Schuldenlast bleibt und sie nimmt zu. Fazit: Die Rechnung zeigt keine gesunde Entwicklung, sondern eher eine künstlich gute Momentaufnahme. Darum fordere ich:

- Klare Prioritäten bei den Investitionen
- Einen nüchterneren Blick auf das Personalwachstum
- Eine Strategie, wie die Finanzanlage längerfristig stabil gehalten werden kann. Diese Strategie wäre eigentlich mein eingereichter Vorstoss über die Finanzstrategie gewesen. Diesen habe ich zurückgezogen, da er in diesem Rat nicht mehrheitsfähig war.

An dieser Stelle möchte ich auch etwas Positives erwähnen, und zwar, dass mich der Cash-Flow aus der operativen Tätigkeit in der Geldflussrechnung erfreut hat, da der Betrag gegenüber 2023 gestiegen ist.

Detailberatung

Seite 7 pendente Vorstösse in Zuständigkeit des Gemeinderates

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich beziehe mich auf die Vorstösse, welche wir hier im Parlament immer wieder einreichen. Das dürfen und müssen wir als erste Gewalt und als Legislative in dieser Gemeinde, welche die Aufsicht über den Gemeinderat wahrnehmen muss. Sie können das aus der Seite 6 und 7 entnehmen. Da sind die pendenden Vorstösse aufgeführt, welche aufrechterhalten werden sollen. Danach sind diejenigen Vorstösse aufgelistet, welche der Gemeinderat zur Abschreibung empfiehlt.

Sie sehen auf dieser Liste etliche Vorstösse und davon nicht wenige von Der Mitte, welche zwei bis drei Jahre alt sind aber auch solche, welche vier bis fünf Jahre alt sind und sogar welche, die bereits zehn Jahre pendent sind. Wie Sie wissen, habe ich zu diesem Thema letztes Jahr eine Aufsichtsanzeige bei der Gemeindeabteilung eingereicht. Diese Aufsichtsanzeige wurde lapidar abgewiesen von der Aufsichtsbehörde. Sie hat dazu am 28. April 2024 noch in ihrem Entscheid geschrieben, ich zitiere:

«Es wäre aus Sicht der Aufsichtsinstanz das richtige Vorgehen entsprechend der Kritik und Beanstandung hinsichtlich der Einhaltung der Behandlungsfristen im Rahmen der Entgegennahme des Geschäftsberichtes vorzubringen.»

Das, was mir die Aufsichtsbehörde empfohlen hat, mache ich nun. Ich moniere diese unverhältnismässige und lange Behandlungsdauer heute erneut. Bei den einzelnen Vorstössen, welche noch pendent sind, sehen Sie die entsprechende Begründung. Beispielsweise ein Vorstoss betreffend Gemeindebibliothek Der Mitte aus dem Jahr 2020. Darauf versehen ist ein Kommentar, der wie folgt lautet: *«Die Haltung des Gemeinderates zum Postulat befindet sich in Bearbeitung.»* Solche Aussagen werden Sie noch mehrmals finden. Oder *«Das Geschäft befindet sich in Erarbeitung»*, was bei der Motion betreffend des Sportzentrums Niedermatten zu entnehmen ist. Bei vier bis fünfjährigen Vorstössen geht als Begründung hervor, dass sich das Geschäft noch in Bearbeitung befindet. Das geht so nicht. Diese Begründungen können immer gebracht werden und können somit ins Unendliche hinausgezögert werden.

Der Einwohnerrat wird seitens der Regierung dieses Dorfes nicht ernst genommen, wenn solche lapidare Erklärungen abgegeben werden. Ich könnte noch damit leben, wenn die Erklärung etwas angemessener, umfangreicher, tiefgreifender und nachvollziehbarer wäre, aber so bitte nicht. Das ist das aller Letzte.

Seite 9 Abschreibung Vorstoss «Postulat 14076 Harry Lütolf, Die Mitte, betreffend Bereitstellung oder Vermittlung von geeigneten Räumlichkeiten zwecks Eröffnung einer Kinderarztpraxis in Wohlen (20.02.2020)»

Lütolf Harry, Die Mitte: Nun kommen wir zum zweiten und positiveren Teil, welcher sich auf die Abschreibung bezieht. Dieser Vorstoss wurde von mir lanciert. Ich anerkenne vom Gemeinderat, dass er zu diesem Thema sehr viel unternommen hat. Ich habe selbst auch mit Ärzten und Ärztinnen im Dorf geredet, was der Gemeinderat genau gemacht hat und ob er auf sie zugegangen ist. Es wurde mir von den Ärzten und Ärztinnen bestätigt, dass Gespräche stattgefunden haben. Das finde ich gut und dazu möchte ich ein Lob aussprechen. Ich kann mich einverstanden erklären, dass dieser Vorstoss abgeschrieben wird, jedoch bleibt es eine Daueraufgabe. Das Thema mit der Abschreibung ist noch lange nicht erledigt. Da muss der Gemeinderat weiterhin versuchen Gespräche zu führen. Es kommen immer wieder neue Ärzte und Ärztinnen auf den Markt und mit denen sollte Kontakt aufgenommen werden. Beispielsweise, dass Räume für Arztpraxen zu besseren Konditionen angeboten werden, als wie sie auf dem normalen Markt erhältlich wären. Wir haben noch etwas Luft nach oben, da das Spital Muri, dank meiner Initiative, eine Kinderarztpraxis eingerichtet hat. Die Leute können sich dort behandeln lassen, aber wer weiss wie lange noch. Wenn das Spital Muri der Meinung ist, dass es sich nicht lohnt, wird die Kinderarztpraxis im Spital wieder geschlossen. Ich danke dem Gemeinderat, dass er etwas unternommen hat. Ich schätze das sehr. Über die lange Bearbeitungszeit für den Vorstoss bringe ich meinen Unmut an.

Seite 14 Exchange Online-Migration

Pascolin Laura, SP: Auf Seite 14 in der zweiten Spalte unter dem Titel «Exchange Online Migration» steht, dass E-Mail-Dienste in das Rechenzentrum von Microsoft ausgelagert worden sind. Darf ich annehmen, dass dieses Rechenzentrum in der Schweiz oder wenigstens in Europa liegt?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dieses Rechenzentrum ist in der Schweiz. Ich weiss jedoch leider nicht in welcher Ortschaft oder in welchem Kanton.

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich beziehe mich auf das Votum von Harry Lütolf. Er hat diese Abschreibungen respektive diese Nichtbearbeitungen dieser Vorstösse beanstandet. Ich möchte gerne eine Stellungnahme des Gemeinderates dazu hören.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es war eine Schellte. Diese Schellte haben wir zur Kenntnis genommen. Wir haben im Rahmen dieser Aufsichtsanzeige, welche vollumfänglich abgelehnt wurde, ausführlich Stellung genommen. Diese Stellungnahmen insbesondere zu den hängigen Motionen und Vorstössen haben wir auch dem Präsidenten der FGPK zugestellt. Dort haben wir begründet, warum wir bei den verschiedenen Vorstössen in Verzug sind. Dort gibt es einige Vorstösse, bei denen wir bereits bei der Überweisung darauf hingewiesen hatten, dass diese innerhalb dieser Frist nicht umsetzbar sind. Beispielsweise sind das sämtliche Vorstösse, bei denen es um die Gesamtrevision der Nutzungsplanung geht.

Es wäre eine Illusion, zu meinen, dass dieser Auftrag innerhalb eines Jahres umgesetzt werden kann. Dann muss man sich nicht wundern, wenn es auf den Listen noch zu sehen ist. Es ist so und das haben wir auch so in allen Ausführungen immer dargelegt. Wir haben zwei bis drei Motionen und Vorstösse, bei welchen wir in Verzug sind. Diese sind auch für den Gemeinderat ärgerlich. Diese Kritik nehmen wir, wie des Öffentlichen, so entgegen, möchten aber darauf hinweisen, dass es teilweise auch mit den Vorstössen an sich zu tun hat. Beispielsweise die Hochspannungsleitung über den Wagenrain. Dabei handelt es sich um einen jahrelangen Prozess, der dort am Laufen ist.

Wir bemühen uns sehr diese Vorstösse möglichst alle abarbeiten zu können, sodass Sie als Einwohnerrat später sich darüber befinden können. Wir weisen bei der Überweisung auch immer darauf hin, wenn etwas in dieser Zeit nicht erfüllt werden kann. Da bitte ich Sie bei der Beurteilung, ob ein Vorstoss abgearbeitet wird oder nicht, das auch zu berücksichtigen.

Seite 54 Baugesuche

Keller Samuel, FDP: Bei der Seite 54 unten rechts bei den «Leerwohnungen» ist im Jahr 2024 zu entnehmen, dass der Bestand bei 160 und im Jahr 2023 bei 104 liegt. Meine Fragen an den Gemeinderat:

- Wie wird dieser Leerwohnungsbestand ermittelt?
- Wie ist der Bestand von 160 im Jahr 2024 zu erklären?
- Sieht das der Gemeinderat auch so, dass es Potential für mehr Steuereinnahmen in der Zukunft gibt?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Dazu kann ich gerne eine Antwort geben. Der Leerwohnungsbestand wird von der IB Wohlen AG ermittelt. Die IB Wohlen AG weiss über den Bestand der Wohnungen Bescheid und wie vielen sie Strom liefern, respektive wie viele Stromzähler in Betrieb sind. Das Ergebnis wird uns jeweils einmal im Jahr zugestellt.

Uns muss jedoch bewusst sein, dass es sich hierbei auch um eine Momentaufnahme per 1. Juni handelt. Das erklärt teilweise auch die grossen Abweichungen zum Beispiel, wenn gerade eine grosse Überbauung in Betrieb kommt, es sein kann, dass der Leerwohnungsbestand wesentlich höher ist, wie auch hier der Fall ist. Wir haben nachgeschaut und per 1. Juni 2024, als diese Auswertung zustande kam, herausgefunden, dass bei den Neubauten 41 Wohnungen leer gestanden sind, was darauf hinweist, dass diese kurz vor der Auswertung auf den Markt gekommen sind und daher noch nicht vermietet waren. Interessant ist die Leerwohnungsziffer über den gesamten vergangenen Jahren zu betrachten. Die absolute Zahl an sich sagt noch nicht viel aus. Im Jahr 2001 war diese Ziffer etwa bei 6% in der Gemeinde Wohlen. Diese ist aber kontinuierlich gesunken, sodass wir mittlerweile bei 1.99% sind, was eine positive Entwicklung darstellt in Bezug auf den Leerwohnungsbestand.

Gerne antworte ich ebenfalls auf die dritte Frage. Selbstverständlich existiert das Potential für zusätzliche Steuererträge, wenn neue Einwohner nach Wohlen ziehen. Einerseits ist dabei jedoch die wirtschaftliche Situation der Zuziehenden zu berücksichtigen. Andererseits muss aber auch immer mit Aufwänden gerechnet werden, welche dadurch generiert werden, weswegen das Ganze sehr differenziert zu betrachten ist. Nun ist auch die Frage, ob es Einzimmer- oder Mehrzimmerwohnungen sind, welche freistehen. Das sind ganz viele verschiedene Faktoren, welche hier Einfluss nehmen.

Grundsätzlich stellen wir in der Gemeinde Wohlen, wie auch in der gesamten Region fest, dass die Anzahl der Leerwohnungen abnimmt und zunehmend Leute mit tiefen Budgets schwieriger wird hier in der Region Wohnungen zu finden. Wir haben zwar noch keinen Wohnungsnotstand, jedoch gibt es bereits diese Tendenzen, welche nicht besonders positiv bezüglich des Wohnraumes sind.

Seite 76 Portfoliomanagement

Keller Samuel, FDP: Auf der Seite 76 unten links und oben rechts ist zu entnehmen, ich zitiere: «*Die Vergabe des Jakob Isler Areals erfolgte im Jahr 2024 an das Konsortium unter der Führung der Xaver Meyer AG.*» Meine Fragen an den Gemeinderat lauten wie folgt:

- Wurden die Verträge inzwischen unterschrieben?
- Falls nein, warum?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die erste Frage muss ich verneinen. Zur zweiten Frage möchte ich darauf hinweisen, dass mehrere Treffen stattgefunden haben, wobei der Vertragsentwurf besprochen wurde und es Details gibt, welche noch geklärt werden müssen, um eine Einigung erzielen zu können. Das betrifft insbesondere qualitätssichernde Verfahren, welche wir seitens Gemeinde Ansprüche haben, wie das mit unserem eigenen Land passieren soll. Wir befinden uns auf einem guten Weg und wir hoffen nach den Sommerferien den Baurechtsvertrag im Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreiten zu können.

Seite 80 Wirtschaftsförderung; Standortförderung

Pascolin Laura, SP: Unter Standortförderung ist aus meiner Sicht eine detaillierte Berichterstattung wichtig. Beispielsweise eine Anzahl der Unternehmen, bei denen der Regionalplanungsverband unteres Bünztal, der Gemeinderat oder der Gemeindeammann Kontakt aufgenommen hat und welche Ausführungen dazu, welche Massnahmen getroffen worden sind. Somit hätte man auch gewisse Indikatoren für die Zukunft.

Ich bin mir bewusst, dass auf Seite 149 nur CHF 10'000 für die Standortförderung zur Verfügung gestanden haben, aber aus meiner Sicht wäre es angebracht gewesen, wenn eine detaillierte Berichterstattung gemacht worden wäre. Es wird immer wieder über das Thema Standortförderung diskutiert im Rat.

Seite 148 Konto 1.7900.3132.02 Raumordnung allgemein; Studien, Projekte Hochbau Gemeindelienschaften

Keller Samuel, FDP: Unter diesem Konto ist ein Betrag von ungefähr CHF 159'000 aufgelistet. Ich habe im Vorfeld dem Gemeinderat die Frage, wie sich dieser Betrag mit Angabe von Projekten, Honorarnehmer und Betrag zusammensetzt, bereits übermittelt. Ich habe eine schriftliche Antwort heute vor der Sitzung bekommen, möchte trotzdem Thomas Burkard bitten ein paar Worte darüber zu sagen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Sie haben die Frage von Samuel Keller gehört. Ich habe veranlasst, dass wir ihm eine schriftliche Antwort erteilt haben, und zwar aus diesem Grund, weil die Antwort sehr ausführlich ausfällt. Es sind bei diesem Konto 1.7900.3132.02 zwanzig Geschäfte aufgeführt, welche Projekt Hochbau, Gemeindelienschaften und so weiter abbildet. Ich möchte Sie verschonen vor einer Vorlesung der 20 Geschäften. Wesentliche Punkte, die damit abgedeckt sind, sind aus dem Bereich Marktanteilstudie für Schulraum an mehreren Standorten, Konzept für Raumprovisorien für diverse Schulen, externe Sicherheitsprüfung und vor allem extern mandatierte Beschaffungsverfahren und Bauleitungen.

Abstimmung

Den Anträgen des Gemeinderates

1. Entgegennahme und Genehmigung der Jahresrechnung 2024.

wird einstimmig zugestimmt.

2. Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes 2024.

wird einstimmig zugestimmt.

3. Abschreibung der folgenden Vorstösse gemäss § 43 des Geschäftsreglement des Einwohnerrates Wohlen (Begründungen siehe Seite 8 und 10):

- *Motion 13048, Jan L. Severa, FDP, betreffend Kostentransparenz bei Geschäften des Einwohnerrates (26.05.2015)*

wird mit 38 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

- *Postulat 13054, Jan L. Severa, FDP, betreffend Ergänzung des Konzepts «Politische Bildung bei Jugendlichen» (22.06.2015)*

wird einstimmig zugestimmt.

- *Postulat 14076, Harry Lütolf, Die Mitte, betreffend Bereitstellung oder Vermittlung von geeigneten Räumlichkeiten zwecks Eröffnung einer Kinderarztpraxis in Wohlen (20.02.2020)*

wird einstimmig zugestimmt.

- *Motion 15093, Fraktion Die Mitte, betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünzmatt (11.12.2023)*

wird einstimmig zugestimmt.

- *Motion 15016, Hans-Rudolf Meyer, Dorfteil Anglikon, und Dieter Stäger, FDP, betreffend Massnahmen gegen Littering bei den öffentlichen Glassammelstellen, insbesondere an der unteren Farnbühlstrasse und an der Zentralstrasse (05.04.2022)*

wird einstimmig zugestimmt.

- *Motion 15064, Harry Lütolf, Die Mitte, betreffend Videoüberwachung gegen Vandalismus in Schulanlagen der Einwohnergemeinde (17.04.2023)*

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15149 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2026:

- Bereich Zentrale Dienste – Regionales Zivilstandsamt**
 - Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit**
 - Bereich Sicherheit – Regionalpolizei**
 - Bereich Volksschule – Schulverwaltung, Administration Musikschule**
 - Bereich Planung, Bau & Umwelt – Umwelt & Energie**
-

Schmid Patrick, FGPK: Im Namen der FGPK bedanke ich mich für den sauberen, lückenlosen und gut dokumentierten Bericht und Antrag. Ebenfalls bedanke ich mich bei allen Vertretern der Abteilungen für die kompetente Beantwortung aller Fragen. Im Finanzplan wird zum sechsten Mal unter Stellenetat der Gemeindeverwaltung die voraussichtliche Entwicklung dargestellt und wurde am 10. März 2025 zur Kenntnis im Einwohnerrat genommen.

Die Einwohnerzahl in Wohlen steigt stark und stetig, was zwingend Folgen auf die Arbeitsbelastung der Abteilungen hat, was also einen direkten Zusammenhang mit den anfallenden Aufgaben und Stellenerhöhungen hat. Bei vielen Stellen fallen im Moment unzählige Überstunden an, weil die Arbeit zeitnah erledigt werden muss, schon aus Dienst gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Eine zu hohe Arbeitsbelastung mit Überstunden wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Angestellten aus. Wenn Überstunden ausbezahlt werden müssen, kommt das der Gemeinde auch nicht günstiger.

Die Aufgabenbereiche der Stellen sind vielfältig und von zentraler Wichtigkeit. Vor allem, wenn es einen selbst betrifft. Im Bereich der Arbeitsplätze sind Lösungen vorhanden, um die notwendigen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, sodass diese Leute auch arbeiten können. Im Allgemeinen haben wir von der FGPK drei der fünf Teilgeschäfte mit einer Abwesenheit einstimmig befürwortet. Bei zwei Bereichen haben wir eine grossmehrheitliche Zustimmung erfahren.

2.1. Zentrale Dienste 50% beim Regionalen Zivilstandsamt: Besonders herausstechend ist, dass dort neben den standesamtlichen Aufgaben auch das Bestattungsamt sehr viel Arbeit in Anspruch nimmt. Die Aufgaben müssen im Nachhinein aufgearbeitet werden. Es ist auch nicht planbar, wer wann heiraten will oder schon gar nicht wer wann stirbt. Es gibt zwar Gebühren, welche wir für diese Geschäfte verlangen können. Diese werden aber vom Bund festgelegt. Ansonsten müssten wir rund 44% mehr Gebühren verlangen können, um einen deckenden Effekt zu erzielen. Hierbei sind Bestrebungen und Anforderungen an den Bund ersichtlich bestellt. Diesem Geschäft haben wir mit 8 Ja zu 1 Abwesenheit einstimmig zugesagt.

2.2. Gesellschaft, Soziales und Bildung 80% Schulsozialarbeit: Vorab haben allgemein Fälle in der Schulsozialarbeit seit Corona stark zugenommen. Auch mit einer Erhöhung der Stellenprozente um 80% sind wir weit unter den kantonalen Empfehlungen weg. Dies führt in der Praxis zu einer starken Belastung der Schulsozialarbeit. Oft müssen Priorisierungen vorgenommen werden bei Angelegenheiten, die das nicht zulassen. Ein Beispiel, welches wir gehört haben, ist ein Fall mit Suizidgedanken, was gleichzeitig mit einem familiären Gewaltsfall eintrat. Dabei muss entschieden werden, welcher priorisiert wird. Wir haben auch über eine Stellenerhöhung von 200% diskutiert. Diese haben wir aber nicht gefordert, denn wir wollen dieses Geschäft nicht gefährden. Mit 8 Ja zu 1 Abwesenheit haben wir diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

2.3. Sicherheit 200% Regionalpolizei: Wir sind auch in diesem Bereich unterbesetzt. Schlussendlich geht es um die Gewährleistung der Sicherheit. Oft geschehen ausserordentliche Vorfälle, was zu massiven Überstunden und einer starken Belastung des Corps führt. Dies erhöht dann wiederum das Risiko von Burnouts und einer zusätzlichen Spirale bei der Belastung. Aufgrund der Arbeitsmarktsituation wird uns eine Lösung über Aspiranten präsentiert. Auch hier haben wir 8 Befürwortungen zu 1 Abwesenheit.

2.4. Volksschule 55% Schulverwaltung, Administration Musikschule: Die Musikschule Wohlen geniesst ein sehr gutes Ansehen im ganzen Kanton und agiert auf einem hohen Niveau. Seit der Einführung der Musikschule keine Erhöhung der Stellenprozente, dafür viel mehr Musikschüler und Schülerinnen. Auch hier fallen momentan viele Überstunden an. Bei diesem Geschäft haben wir 6 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit abgestimmt. Auch hier gibt es eine grossmehrheitliche Empfehlung zur Annahme.

2.5. Planung, Bau und Umwelt 60% Fachstelle Umwelt & Energie: Die Fachstelle Umwelt und Energie hat einen grossen Aufgabenkatalog. Auch dort gibt es viele Sachen, in denen wir viel Geld investieren. Es fallen viele Aufgaben an, die sich eigentlich um Kleinigkeiten drehen, aber trotzdem rasch erledigt werden müssen. Beispielsweise wenn ein Abfallsack nicht abgeholt wird. Das führt dazu, dass auch einfache Verwaltungsaufgaben der Fachstelle bei der Fachstellenleitung landen. Mit einer Erhöhung des Sekretariats können wir kostengünstiger diese einfachen und alltäglichen Anfragen abfangen. Auch in diesem Geschäft haben wir 6 Ja, 2 Nein und 1 Abwesenheit für die Empfehlung.

Gerne gebe ich an dieser Stelle auch die Fraktionsmeinung der Grünen ab. Wir sind natürlich für die Erhöhung der Stellen. Wir finden, dass die Schulsozialarbeit sowie die Abteilung Umwelt & Energie auch etwas mehr berücksichtigt werden können.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Herzlichen Dank für das Votum. Seitens des Gemeinderats werde ich zu allen Stellen eine Ausführung machen. Falls Sie im Detail Fragen haben, stehen natürlich selbstverständlich die einzelnen Ressortvorsteherinnen und Vorsteher zur Verfügung.

Wohlen wächst. Mit dem Wachstum steigen auch die Anforderungen an die Gemeindeverwaltung. In den letzten Jahren hat sich die Einwohnerzahl einerseits stetig erhöht und gleichzeitig haben sich die Aufgabenbereiche ausgedehnt, gesetzliche Vorgaben sind dazugekommen und die Ansprüche an Service und Qualität sind ebenfalls gestiegen. Die Komplexität hat in nahezu allen Verwaltungsbereichen zugenommen. Die Digitalisierung bringt zwar neue Möglichkeiten, aber auch neue Aufgaben und erfordert zuerst eine Investition. Gleichzeitig haben die Politik und die Öffentlichkeit Erwartungen an Transparenz, Sicherheit, Effizienz und soziale Unterstützung.

In diesem Kontext sind punktuelle Stellenaufstockungen eine notwendige Anpassung an die Realität, um damit die gesetzlichen und politischen Aufträge umsetzen zu können. Der vorliegende Bericht und Antrag legt eine zurückhaltende, aber sachlich fundierte Erhöhung des Stellenplans für das Jahr 2026 vor. Die fünf Stellenbegehren sind aus Sicht des Gemeinderats inhaltlich zwingend, organisatorisch sinnvoll und haushalterisch verantwortbar.

Zivilstandsamt (+50 %): Das Zivilstandsamt bearbeitet jährlich über 1000 Vorgänge bei stetig steigender Tendenz im ganzen Einzugsgebiet. Gleichzeitig haben neue gesetzliche Aufgaben zum Beispiel die Beurkundung von Doppelnamen, multinationale Beziehungen oder die Digitalisierung von Registerdiensten zu höherem Aufwand und steigender Komplexität geführt. Die beantragte Aufstockung entspricht einer bereits 2020 voraussehbaren Anpassung, um die Qualität der hoheitlichen Dienstleistungen nachhaltig sicherzustellen und Wartezeiten zu verkürzen. Das Zivilstandsamt ist für das zentrale Personenregister zuständig, was eine der wichtigsten Aufgaben im Staatswesen ist.

Schulsozialarbeit (+80 %): Die Zahl der Schülerinnen und Schüler liegt aktuell bei rund 2'400, jedoch liegt das Pensum der Schulsozialarbeit mit 360% deutlich unter der empfohlenen kantonalen Norm von 640%. Die Fälle sind nicht nur mehr geworden, sondern auch anspruchsvoller: psychische Belastungen, komplexe Familiensituationen, längere externe Wartezeiten und mehr Koordinationsaufwand prägen den Alltag. Eine moderate Erhöhung um 80% stärkt die präventive Arbeit, entlastet Lehrpersonen und Schulleitungen und wirkt mittelfristig auch kostendämpfend im gesamten Sozialsystem, wenn die bereits vorhandenen Dienste gestärkt werden. Diese Punkte sind dem gesamten Gemeinderat sehr wichtig.

Regionalpolizei (+200 %): Die Regionalpolizei Wohlen ist bei steigender Tendenz bereits heute ausgelastet. Die Aufgaben reichen von Verkehrsunfällen über häusliche Gewalt bis zur Präsenz an Grossanlässen. Das duale Polizeisystem des Kantons Aargau delegiert zahlreiche Aufgaben an die Gemeinde- und Regionalpolizei. Die in zusätzlichen Aufgaben werden uns in Zukunft noch mehr belasten. Rechtlich ist eine bestimmte Präsenzquote eines Polizisten respektive einer Polizistin auf 700 Einwohner vorgeschrieben,

wobei wir hierbei einen Drittel davon erfüllen müssen. Das ist aus dem Bericht und Antrag zu entnehmen. Zurzeit erfüllen wir diese Voraussetzungen nicht, jedoch wollen wir das im Jahr 2026 ändern.

Musikschuladministration (+55 %): Die Regionale Musikschule Wohlen beschäftigt rund 50 Lehrpersonen und betreut hunderte von Schülerinnen und Schülern. Dennoch ist die Administration seit Jahren personell unterdotiert: das vorgesehene Sollpensum von 110% wurde nie erreicht, stattdessen wurden Aufgaben durch Überzeit, befristete Einsätze oder Prioritätenverschiebung bewältigt. Die geplante Aufstockung um 25% ab 2026 und daraufhin mit einer gestaffelten Erhöhung in den Folgejahren schafft die dringend benötigte Entlastung, wahrt Qualität und erlaubt eine zeitgemässe Administration.

Umwelt & Energie (+60 %): Die Fachstelle Umwelt & Energie ist mit einem 80% Pensum für sämtliche Themen rund um die Abfallbewirtschaftung, Energieplanung, Umweltanfragen, Klimastrategien und Nachhaltigkeit verantwortlich. Die zur Verfügung stehenden Pensen von 80% können diese Aufgabenlast nicht mehr abdecken. Viele technische oder administrative Tätigkeiten könnten durch eine Assistenzstelle übernommen werden, damit die Fachverantwortlichen entlastet werden und sich auf Fachfragen und politische Aufträge konzentrieren können. Darum beantragt der Gemeinderat 20% und 40%.

Fazit: Der Gemeinderat beantragt die Stellenerhöhungen mit Augenmass. Die Erhöhungen sind differenziert begründet, langfristig eingestellt und entsprechen den politischen Aufträgen, gesetzlichen Anforderungen oder dem offensichtlichen organisatorischen Bedarf. Sie ermöglichen keine Komfortzone, sondern sichern die Leistungsfähigkeit, Rechtssicherheit, Qualität und Gesundheit der Mitarbeitenden. Wer eine moderne und serviceorientierte Gemeinde will, muss bereit sein, sie personell ausreichend auszustatten. Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie, den Anträgen zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Büchi Roland, SVP: Vorweg möchte ich bekannt geben, dass die SVP nicht bei allen Stellenerhöhungen einverstanden sein wird. Zudem werden wir einen Kürzungsantrag stellen.

Zentrale Dienste/regionales Zivilstandsamt: Diese Stellenerhöhung um 50% ist zum Teil auch dem Wachstum der Bevölkerung geschuldet. Das Zivilstandsamt Wohlen hat eine überregionale Bedeutung. Das bedeutet wiederum auch mehr Arbeit. Die Kosten werden zwar aufgeteilt aber die Arbeit bleibt. Auf dem Zivilstandsamt wird nicht nur geheiratet. Es entsteht auch mehr Arbeit durch die unnötige Einführung für die Ehe für alle, das neue Namensrecht, die Geschlechtsänderungen und so weiter. Die SVP erkennt den Bedarf und unterstützt den Antrag um 50 Stellenprozent.

Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit: Auch diese Stellenerhöhung ist dem Wachstum der Bevölkerung geschuldet. Die Fälle steigen und die Gesellschaft wurde in diesen Sachen sensibler. Der Antrag entspricht den vorhandenen Räumlichkeiten. Die Schulsozialarbeit übernimmt eine wichtige Funktion und zeigt deutlich auf, was in der Schule los ist. Die SVP erkennt auch hier den Bedarf und unterstützt den Antrag von 80 Stellenprozent.

Bereich Sicherheit – Regionalpolizei: Auch diese Stellenerhöhungen sind dem Wachstum geschuldet. Das bedeutet eine automatische Zunahme an Delikten. Freie Stellen sind auf dem Arbeitsmarkt nicht vorhanden. Somit bleibt nur eines: es müssen Polizeiaspiranten angestellt und ausgebildet werden. Diese Ausbildung dauert zwei Jahre. Während dieser Zeit ist der Aspirant nur bedingt einsetzbar. Die Kosten für diese Ausbildung werden unter den Vertragsgemeinden aufgeteilt. Aktuell besteht sogar ein Unterbestand. Die Regionalpolizei läuft auf dem Zahnfleisch. Es kann so nicht weiter gehen. Ein längerer Ausfall eines Polizisten wegen Krankheit oder Unfall wäre eine Katastrophe für die Regionalpolizei. Für eine Stellenerhöhung gäbe es viele Argumente. Diese kann ich nicht alle aufzählen, ansonsten wird mich der Einwohnerratspräsident unterbrechen. Im Wohler Anzeiger können Sie nachlesen, wie es um die Polizei steht. Auch hier wird die SVP zu den Stellenanträgen ja sagen.

Bereich Volksschule – Schulverwaltung, Administration Musikschule: Auch diese Stellenerhöhung ist dem Wachstum geschuldet. Die SVP begrüsst eine schrittweise Erhöhung, aber nicht auf diese Weise. Die SVP unterstützt eine Erhöhung um 25 Stellenprozent für das Jahr 2026. Die 20 Stellenprozent für das Jahr 2028

und die 10 Stellenprozent für das Jahr 2030 lehnen wir heute ab. Dieser Antrag ist unnötig, auf Vorrat und entspricht nicht der Norm. Diese Erhöhungen können in zwei oder vier Jahren neu bearbeitet werden, weswegen die SVP einen Kürzungsantrag stellen wird.

Bereich Planung, Bau & Umwelt – Umwelt & Energie: Dieser Antrag ist nicht dem Wachstum geschuldet, sondern ist virologisch geprägt und deswegen unnötig. 20% mehr zu fordern und zusätzlich ein Sekretariat für 40% zu fordern zeigt auf, wie diese Abteilung in der Zwischenzeit unterwegs ist. Wohlen kann sich diese Stelle nicht leisten. Diese vorhandenen 80% der Verwaltung sollten auch gestrichen werden. Für eine einzelne Person ein Sekretariat zu machen, damit ein paar Flyer abgegeben werden können, wird die SVP nicht unterstützen.

So komplex ist die Abfallentsorgung auch wieder nicht. Beim Grüngut hätte eine solche Stelle auch nicht wirklich gegläntzt und nur Kosten verursacht. Die SVP wird die 60 Stellenprozent ablehnen und hofft, dass der Einwohnerrat endlich ein Zeichen setzt und nicht nur vom Sparen redet, sondern dies auch zeigt.

Schneider Matthias, SP: Das Zivilstandsamt ist nicht nur für Hochzeiten und Trauungen zuständig, sondern auch für andere vielseitige und komplexe Aufgabengebiete. Gerade bei Todesfällen, die nicht geplant werden können, erfordert die Arbeit der Behörde eine enorme Präzision und Fingerspitzengefühl. Die Bevölkerung ist vom Zuständigkeitsbereich des Zivilstandsamt vom Jahr 2004 bis 2023 um 34% höher auf ungefähr 40'000 Personen gestiegen. Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahren in der Region weiter zunehmen. Bis jetzt konnte die Bewältigung der Aufgaben durch persönliches Engagement der Mitarbeitenden bewältigt werden. Jedoch werden die Fallzahlen in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Die Notwendigkeit der Stellenerhöhung ist bei unserer Fraktion unbestritten.

Departement Bildung, Kultur und Sport empfiehlt eine Vollzeitstelle pro 375 Schülerinnen und Schüler. Mit der geforderten Erhöhung um 80% würden weiterhin 200 Stellenprozente fehlen, um der Empfehlung vom Kanton nachzukommen. Für unsere Fraktion ist das deutlich zu wenig, jedoch sind wir der Meinung, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir werden jedoch in naheliegender Zukunft einen Vorstoss dazu bringen. Die Schulsozialarbeit leistet wichtige Arbeit für Schülerinnen und Schüler, die einen höheren Unterstützungsbedarf aufweisen. Mit den mangelnden personellen Ressourcen, die wir momentan haben, können diese Aufgaben nicht bewältigt werden. Oftmals braucht es externe Unterstützungsleistungen bis zu Fremdplatzierungen, die teilweise nicht notwendig wären und zudem längerfristig auch viel höhere Kosten verursachen. Wir von der Fraktion SP stimmen der Erhöhung von 80% zu, finden es aber deutlich zu wenig. Wir werden beim nächsten geeigneten Zeitpunkt einen Vorstoss für eine Erhöhung machen.

Die Regionalpolizei muss immer mehr Aufgabengebiete übernehmen. Dies ist der Preis vom dualen Polizeisystem, der der Grosse Rat entschieden hat. Die im Kanton Aargau festgelegte minimale Polizeidichte von 1:700 ist im Vergleich zu anderen Kantonen sehr tief. Auch die immer höheren Fallzahlen sprechen für die geforderte Stellenerhöhungen. Bei uns in der Fraktion ist die geforderte Stellenerhöhung vom Gemeinderat gut dargelegt und unbestritten. Uns hat jedoch die vom Gemeinderat geplante Stellenerhöhung im Finanzplan 2026-2035 etwas verwundert. Dort wurde lediglich für 2031 eine Stellenerhöhung von 100% geplant. Hier wurde sich sicherlich verrechnet. Wir werden dem Antrag der Stellenerhöhung zustimmen.

Die Erhöhung der Stellenprozente von 55% stellen sicher, dass die sie im Vergleich zur Volksschule in der Administration gleichbehandelt wird. Die schrittweise Erhöhung der Stellenprozente in den Jahren 2026, 2028 und 2030 sehen wir als sinnvoll an. Auch hier sind die Komplexität und das Wachstum der Aufgaben in den letzten Jahren gestiegen. Wie der Gemeinderat festhält, kann ohne Anhäufung massiver Überstunden die Aufgabenbereiche der Musikschule nicht mehr bewältigt werden. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Das Aufgabengebiet der Fachstelle Umwelt und Energie erhöht sich laufend. Diese verändern sich stetig und werden komplexer und aufwändiger. Bereits heute bleiben Projekte über eine längere Zeit liegen, da zu wenig personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Zudem können Präventionsprojekte beispielsweise korrekte Abfallentsorgung nicht angegangen werden. Ich frage in die Runde: Ist eine Prävention bei der Abfallentsorgung in Wohlen sinnvoll? Ich denke, die Antwort findet man, wenn man mal in ein paar Grüncontainer in Wohlen hineinschaut.

Wir erachten die Stellenerhöhung von 60%, das heisst 40% Administration und 20% restliche Fachstelle Umwelt & Energie, für absolut notwendig. Damit können die Bearbeitung der Fragen und Reklamationen seitens der Bevölkerung sichergestellt werden. Zudem werden neue Ressourcen für Prävention und Projekte frei. Wir stimmen dem Antrag vom Gemeinderat zu.

Wir werden allen Stellenerhöhungen zustimmen. Bei der Schulsozialarbeit sind wir der Meinung, dass die Erhöhung zu niedrig ist.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Wir haben in unserer Fraktion die vorliegenden Stellenanträge geprüft. Alle sind sehr ausführlich und transparent begründet. Herzlichen Dank an alle Bereichsleitungen für die grosse Arbeit.

Das Regionale Zivilstandsamt ist quasi von Amtes wegen vom Wachstum der Einwohnerzahlen betroffen. Wir haben uns jedoch gefragt, ob für die unterschiedlichen Aufgaben auch sämtliche Gebühren kostendeckend und zeitgemäss sind. Besonders das Friedhofsreglement, das seit über zehn Jahren nicht mehr erneuert wurde. Hier wünscht sich die Mitte-Fraktion, dass allfällige Anpassungen so rasch wie möglich vorgenommen werden. Dem Stellenantrag stimmen wir zu.

Bei der Schulsozialarbeit fragen wir uns, warum lediglich 80% und nicht die nötigen 200% beantragt wurden. Bei der Prävention zu sparen, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Auch wenn wir die politische Abwägung bei dieser angespannten Finanzlage verstehen können.

Die Mitte ist besorgt über die Situation im Allgemeinen. Es ist bekannt, dass es massiv an Therapieangeboten für Kinder und Jugendliche fehlt. Umso wichtiger ist es, dass bei Bedarf niederschwellig und rasch geholfen werden kann. In Wohlen benötigt jedes fünfte Kind die Dienste der Schulsozialarbeit. Es ist für uns klar, dass dafür die nötigen Ressourcen gestellt werden müssen. Wir stimmen der vorliegenden Stellenerhöhung zu.

Auch der Antrag der Regionalpolizei wird die Mitte unterstützen. Wir haben uns im Kanton Aargau für das duale System entschieden. Es ist erfreulich, dass wir in Wohlen eigenes Personal ausbilden und danach auch behalten können. Die Sicherheit hat in unserer Fraktion einen hohen Stellenwert und muss ohne Abstrich gewährleistet werden.

Dem Stellenantrag der Volksschule für den Ausbau des Pensums für die Musikschule werden wir ebenfalls zustimmen. Auch hier sprechen die aufgeführten Zahlen eine deutliche Sprache. Die Musikschule Wohlen geniesst einen sehr guten Ruf. Die beschriebenen Zertifizierungen zeigen auch auf, dass laufend Optimierungen vorgenommen und Prozesse angepasst werden, um die Effizienz zu steigern.

Grössere Diskussionen gab es in unserer Fraktion beim letzten Stellenantrag im Bereich Umwelt & Energie. Es ist offenbar hier schwieriger mit effektiven Zahlen zu belegen, wo der Aufwand gestiegen ist. Wir wurden uns nicht ganz einig, ob die beantragten 60 Stellenprozente tatsächlich gerechtfertigt sind. Die Fraktion wird sich aber grossmehrheitlich dafür aussprechen.

Wir möchten es nicht unterlassen, allen Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen an dieser Stelle herzlich für den grossen Einsatz zu danken. Wir sind uns bewusst, dass es in einigen Bereichen viel Goodwill und Engagement braucht. Wenn wir in Wohlen auf Rosen gebettet wären, dann würden wir gerne grosszügiger aufstocken, um die Arbeitslast gerechter zu verteilen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Zum regionalen Zivilstandsamt haben wir zuerst in der Fraktion besprochen, ob durch die Digitalisierung der Arbeitsaufwand nicht abnehmen sollte. Daraufhin haben wir schnell erkannt, dass wenn noch mehr sowie auch alte Dokumente gescannt werden, der Aufwand jedoch steigt. Die Fälle im regionalen Zivilstandsamt haben durch die Internationalität der Kunden, sowie das Wachstum in den betreuten Gemeinden an mehr Komplexität gewonnen, was schlussendlich zu mehr Aufwand führt. Auch der Mehraufwand im Bestattungswesen scheint plausibel zu sein. Wir könnten die Erhöhung gemäss Dokument im Antrag nachvollziehen und stimmen einstimmig zu.

Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung – Schulsozialarbeit (80%): Ist es nicht die Aufgabe der KESD, sich um familiäre Probleme in Privathaushalten zu kümmern? Muss die Schulsozialarbeit sich daher um familiäre Probleme kümmern? Anscheinend ja, denn die heutige Gesellschaft hat sich stark verändert. Es ist nicht mehr wie früher. Es gibt mehr Fälle infolge mehr problematischen Schülern. Heutzutage braucht es bereits vor dem Unterricht oder auch danach eine Betreuung der Schüler. Die Schulsozialarbeit ist eine kostengünstige Ressource, welche diese schwierige Aufgabe übernimmt. Es ist jedoch aufzupassen, dass die Schulsozialarbeit nicht die Aufgabe des KESD übernimmt und den Weg des geringsten Widerstandes geht. Die Eltern sind jeweils auch in die Pflicht zu nehmen. Wenn es diese es nicht schaffen, die Probleme ihrer Kinder zu lösen, wird es mehr Unruhe in der Schule geben. Mit der Schulsozialarbeit wird versucht, diese Unruhe unter Kontrolle zu halten. Wenn diese es nicht schaffen, kommt der KESD. Wenn der KESD einmal hier ist, wird er immer hierbleiben. Daher lohnt sich die Investition in die Schulsozialarbeit, um Mehrkosten versuchen zu vermeiden, die durch zu wenig Betreuung entstehen könnten. Die Fraktion FDP/Dorftail Anglikon unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Bereich Sicherheit – Regionalpolizei (200%): Eine logische Folge der Veränderung der Gesellschaft, nicht nur bezogen auf die Schüler, wie im Thema der Schulsozialarbeit kurz angesprochen, ist auch der Bereich Sicherheit in unserer Gemeinde. Da die Regionalpolizei im jetzigen dualen System mehr Aufgaben übernehmen wird, wird sich sicher auch in der Arbeitsbelastung der Regionalpolizei bemerkbar machen. Wie gesagt, mit der gesellschaftlichen Veränderung, die nicht in allen Belangen immer ins Positive gegangen ist, müssen auch die neuen damit verbunden zusätzlichen Mehraufwände durch die Polizei erledigt werden. Der Fakt, dass im 2024 580 Gleitzeitstunden entstanden sind, kann sicherlich nicht als einer der Hauptgründe für die Stellenerhöhung gelten, denn diese 580 Stunden geteilt durch die 17.9 Personalressourcen auf einen Monat gerechnet, ergibt eine Gleitzeit von 2.7 Stunden pro Polizisten pro Monat. Das ist wenig. Wir sehen die Notwendigkeit einer höheren Polizeipräsenz in Wohlen und Anglikon. Bei der Sicherheit sollte nicht gespart werden. Wir sind einstimmig für die 200% Stellenerhöhung.

Bereich Volksschule – Schulverwaltung, Administration Musikschule (55%): Grundsätzlich haben wir uns in der Fraktion nach dem Sinn gefragt, wieso die Musiklehrpersonen bei der Gemeinde und dem Kanton angestellt sind und daher die Administration doppelt gemacht werden muss? Im Punkt 5.3 wird von der Herausforderung gesprochen, um *«den Ansprüchen gerecht zu werden»*. Welchen Ansprüchen? Wofür braucht es ein Marketingkonzept und wieso sollte man die Marktstellung der Musikschule erhalten? Um etwa gute Musiklehrpersonen zu bekommen oder sich vor dem Kanton zu präsentieren? Wieso lässt man nicht den Markt spielen? Es wird ausserdem über eine massive Anhäufung von Überstunden geschrieben. Wieso ist hier keine Zahl genannt, um Transparenz zu schaffen? Wieso diskutiert man nicht über einen höheren Kostenbeitrag der Eltern, um den Deckungsbeitrag zu steigern? Ohne diesen zentralen Punkt, werden wir diesem Bericht und Antrag nicht zustimmen können. Wir haben zu viele ungeklärte Fragen und Äusserungen, die wir nicht beantworten oder nachvollziehen können. Dieser Stellenantrag ist für uns nicht reif genug. Die Fraktion FDP/Dorftail Anglikon lehnt diese Stellenerhöhung mehrheitlich ab.

Bereich Planung, Bau & Umwelt – Umwelt & Energie (20% und 40%): Hier haben wir in der Fraktion viele Punkte dafür aber auch dagegen gefunden. Dagegen sind die Kosten, die Notwendigkeit und das Verständnis der Erhöhungen. Dafür sprechen mögliche Entlastungen anderer Abteilungen, längere und zeitaufwendigere Baubewilligungen und eine mögliche Unterbesetzung. Dass im Finanzplan die Pensenanpassung im Jahr 2026 vorgesehen ist, heisst noch nicht, dass die auch wirklich gebraucht wird. Dies kann auf später geschoben werden Erhöhung von 20% auf 100% bei Umwelt und Energie. Was ist der Grund? Gibt es da zu viel Arbeit oder ist es ein persönlicher Wunsch des Stelleninhaber auf 100% zu gehen? Die Erhöhung von 40% mit der Übernahme von Sekretariatsarbeiten wurde bisher mit Unterstützung anderer Abteilungen gemeistert. Wieso nicht weiter so? Alles in allem überwiegt das Kostendenken. Wir haben in der Fraktion die Ansicht, dass es so wie es ist, in Ordnung ist und es keine Stellerhöhung braucht. Wir lehnen beide Stellenerhöhungen mehrheitlich ab.

Angst Matthias, GLP/EVP: Die Fraktion GLP/EVP unterstützt die beantragte Erhöhung des Stellenplans in den aufgeführten fünf Bereichen. Sie sind allesamt gut begründet, mehrheitlich seit Längerem absehbar und ausgewiesen. Die Kosten halten sich aufgrund der Regionalität mit Vertragsgemeinden in Grenzen. Sie sind zudem organisatorisch bewältigbar und nicht zuletzt personell umsetzbar.

Zur Stelle im Bereich Planung, Bau & Umwelt möchte ich einen Wunsch anbringen. Der organisatorische Hinweis auf der Seite 19 Ziff. 6.6 betreffend der künftigen Finanzierung des Aufwands über die Spezialfinanzierung der Abfallwirtschaft soll bereits im anstehenden Budget des Jahres 2026 umgesetzt werden. Im Bericht und Antrag ist nur von «künftig» die Rede, was etwas offen formuliert ist. Meine Fraktion dankt dem Gemeinderat für die bedarfsorientierte und vernünftige Beantragung der Erhöhung des Stellenplans. Wir unterstützen die Anpassungen einstimmig.

Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Ich wollte mich gerne zum gesamten Bericht und Antrag äussern und nicht zu den einzelnen Stellen. Wieder einmal haben wir einen Antrag auf zusätzliche Stellen vor uns. Wie fast jedes Jahr heisst es: mehr Aufgaben – mehr Personal. Der Bericht und Antrag ist sachlich geschrieben und erläutert den Bedarf von den Stellenerhöhungen. Ich kann es nachvollziehen. Aber auf diese Art und Weise lösen wir das Problem der strukturellen Überlastung in der Gemeindeverwaltung nicht. Wir verschieben es einfach aufs nächste Jahr. Ich bin aktuell in einer Weiterbildung im Public Management und beschäftige mich seit drei Jahren intensiv mit genau solchen Fragen. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gemeinden schauen wir uns an, wie zunehmende Belastungen nicht nur operativ, sondern vor allem strategisch bewältigt werden können. Die Lösung ist nicht immer mehr Personal. Darum stelle ich heute einfache, aber wichtige Fragen:

- Was wurde konkret unternommen, um den Personalbedarf überhaupt zu reduzieren?
- Wurden Prozesse vereinfacht?
- Hat die Digitalisierung, wo sie vorhanden ist, etwas gebracht?
- Wurden die Aufgaben kritisch hinterfragt oder einfach akzeptiert?

Es darf nicht sein, dass Stellenerhöhungen zum Automatismus werden. Das ist auf Dauer weder finanziell noch organisatorisch tragbar. Ein gutes Beispiel ist die Schulsozialarbeit. Der Bedarf ist laut Bericht viel grösser als das, was jetzt beantragt wird. Die jetzige Erhöhung ist ein Schritt, aber diese reicht nicht aus. Wo ist das Konzept, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll?

Darum mein Anliegen. Der Gemeinderat soll in Zukunft nicht nur aufzeigen, warum mehr Stellen nötig sind, sondern auch, welche Alternativen geprüft wurden. Und wie wir die Verwaltung zielgerichtet und effizient weiterentwickeln können, anstatt sie Jahr für Jahr einfach wachsen zu lassen. Wir im Einwohnerrat haben nicht nur die Pflicht, Stellen zu bewilligen. Wir tragen auch die Verantwortung mitzugestalten und zu steuern. Ich stimme diesen Stellenanträgen zu, aber wir müssen das Problem an der Wurzel anpacken und nicht nur Symptombekämpfung machen.

Sieroka Pia, Grüne: Ich habe bezüglich der Situation der Schulsozialarbeit Bauchschmerzen bekommen. Ich kann mir vorstellen, dass der Gemeinderat zu wenige Stellen beantragt, weil er Angst haben muss, dass die Stellen nicht durchkommen. Ich finde als Einwohnerräte haben wir die Verantwortung, dass unsere Gemeindemitarbeiter ordentlich arbeiten können, wir die Pflichten erfüllen und die Kosten niedrig halten. Was mir Bauchschmerzen bereitet ist, dass wir 1/3 der Stellen nicht besetzt haben. Dabei muss man sich überlegen, in welche Situation die noch vorhandenen Schulsozialarbeiter geraten. Diese müssen diese Arbeit mittragen.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Ich möchte gerne Bezug auf das nehmen, was Laura Pascolin gesagt hat. Ich bin auch beruflich mit Digitalisierung und Optimierung beschäftigt. Ich finde es schwierig, wenn wir das hier verlangen und das Budget bezüglich IT immer kürzen. Ich denke, wenn wir diesen Weg zur Digitalisierung gehen wollen, ist das ein sehr teurer. Da braucht es Software, Hardware sowie auch Männer- und Frauenpower. Ich glaube, wenn wir das jetzt wollen, ist das okay, aber dann muss das im Herbst entsprechend bei der Budgetdebatte berücksichtigt werden.

Christen Peter, SVP: Wir haben heute eine Präsentation erhalten, wie es mit den Finanzen in unserer Gemeinde steht. Aus allen Parteien heraus höre ich, dass wir sparen müssen. Unisono ohne Ausnahmen ist es immer genau gleich, meine Damen und Herren, und zwar wo wollen Sie schlussendlich denn sparen? Diese Stellenanträge sind wiederkehrende Kosten. Wenn wir diesen heute Abend allen wieder durchwinken, haben wir diese im Budget enthalten. Wir haben diese Warnungen über unsere finanzielle Lage als Gewitterwolken wahrgenommen. Unterdessen werden diese zu einem Orkan. Ich stelle fest, dass erneut

nichts dagegen unternommen wird. Meine Frage an Sie alle lautet, wann und wo wollen Sie denn anfangen zu sparen? Wenn nachher die Wahlen anfangen, reden alle vom Sparen, aber ich sage euch eines, die Vergangenheit wird die Zukunft vorhersehen. Was die Parteien in der Vergangenheit gemacht haben, werden sie auch in Zukunft machen. Ich kann jetzt schon mit Freude sehen, was für Versprechungen aus allen Parteien betreffend Sparmassnahmen kommen. Kaum sind diese Leute gewählt, wird der Schalter umgekippt und es geht genau so weiter wie zuvor. Wir können uns das nicht leisten. Darum einmal mehr Mut zur Lücke. Das müssen wir wirklich anfangen und schauen, wie sich das entwickelt. Wenn es komplett falsch laufen würde, könnten wir noch immer eine Änderung vornehmen. Ich stelle jedoch einfach fest, dass die Bereitschaft etwas zu ändern, in diesem Rat nicht vorhanden ist. Das sind immer wir, die am Sparen sind und dann bekommen wir wieder einen Dämpfer ab. Jetzt wird es ein Thema und alle bewegen sich auf dieser Schiene, jedoch wird nach den Wahlen das Ganze genau gleich weiterlaufen. Ich bitte Sie erneut darum, zu überlegen, wo Sie genau sparen wollt.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Gemeinde kann leider bei vielen Sachen nicht wählen. Es gibt eine gesetzliche Vorgabe und einen politischen Auftrag, der aufgesetzt worden ist. Nebst der Komplexität und dem Wachstum der Gemeinde führt das dazu, dass wir mehr Mittel investieren müssen, um den Aufgaben nachzukommen. Wir machen das nicht, weil wir Freude daran haben oder wir dabei einen Selbstzweck haben, sondern weil wir einen gesetzlichen Auftrag haben.

Gerne möchte ich mich zum Votum von Laura Pascolin äussern. Ich bitte um Berücksichtigung, denn wir haben in den letzten zwei Legislaturen damit begonnen, die Stellenplanung konzeptionell aufzubauen. Das war bis dahin nicht der Fall gewesen, denn diese wurden einzelsprungweise umgesetzt. Ebenfalls kommt das Thema auf, wie viel wir denn beantragen. Wir kennen die finanzielle Lage und deren Möglichkeiten der Gemeinde Wohlen. Wir beantragen noch lange nicht die Stellen, die wir eigentlich benötigen, sondern das, was finanziell vertretbar ist. Wir versuchen auch in den Berichten und Anträgen aufzuzeigen, welche anderen Massnahmen gemacht worden sind, wie beim Zivilstandsamt, wobei eine nationale Software im Einsatz war. Dank einer Software in der Schulsozialarbeit haben wir auch möglichst viele Optionen enthalten.

Bei der Regionalpolizei wurde geprüft, welche Aufgaben die Regionalpolizei definitiv machen muss und welche auch andere Verwaltungsabteilungen machen könnten. Auch dort sind wir IT mässig beim Kanton dabei. Bei der Administration der Musikschule ist dasselbe der Fall, denn auch dort wird mit modernen Fachmitteln gearbeitet. Beim Fachbereich Umwelt und Energie werden alle GIS-geschützten Softwares eingesetzt, um das Ganze zu verbessern und das im Bericht und Antrag entsprechend darzulegen und so auszuführen, was genau alles gemacht wird. Der Gemeinderat hat die Diskussionen, die Sie hier im Saal führen, bereits selbst geführt. Es ist nicht so, dass wir leichtfertig Stellen beantragen, sondern dahinter befindet sich eine langfristige Planung und eine gesetzliche Grundlage, welche ich gerne bei der Stelle der Umwelt und Energie ausführen möchte. Es ist sehr wohl sehr durchdacht, wodurch diese Anträge gestellt werden. Sie werden insbesondere manchmal über Jahre verklemmt, obwohl sie eigentlich bereits seit längerer Zeit notwendig gewesen wären. Zum Beispiel ist es beim Zivilstandsamt schon länger klar, dass etwas gemacht werden sollte, aber immer mit Überstunden und grossem Einsatz der Mitarbeiter herausgezögert wurde. Wir haben ein sehr hoher Aufholbedarf und dementsprechend viele Aufgaben zum Erfüllen, dass wir bei der Entwicklung dieser Stellen zu langsam vorankommen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Mich hat dieses Votum von Peter Christen ein wenig angestachelt. Ich möchte seine Äusserungen gerne ins richtige Licht rücken. Wenn ich den Sprecher der SVP-Fraktion richtig verstanden habe, möchte die SVP-Fraktion von diesen beantragten Stellen 350% akzeptieren und 85% oder 90% als Kürzungsantrag vorschlagen. Wahnsinnig viel gespart wird hier nun auch wieder nicht. Ihr macht einen pauschalen Vorwurf, von wegen, dass ausser die SVP hier im Saal niemand spart, aber 350% werden von euch trotzdem akzeptiert. Euer Sparpotential ist hier an einem kleinen Ort.

Frischknecht Julia, GLP: Ich bin es leid, solche Seitenhiebe unter der Gürtellinie von Fraktionsmeinungen entgegennehmen zu müssen und zu schlucken. Eine Meinung betreffend des Zivilstandsamtes von Roland Büchi möchte ich so nicht stehen lassen. Am 9. Februar 2020 haben die Schweizer Stimmberechtigten in der Änderung vom 14. Dezember 2018 vom Strafgesetzbuch vom Militärgesetz die Diskriminierung aufgrund des Aufrufes zu Hass von sexueller Orientierung angenommen. Währenddessen ich weiss, dass der Nebensatz: «die unnötige Ehe für alle» nicht krass genug, um einen Strafbestand darzustellen, finde ich doch, dass tatsächlich das einzige unnötige an diesem Votum dieser Nebensatz gewesen ist. Aufgrund

des Respektes gegenüber allen Mitmenschen möchte ich darum bitten, solche Aussagen in Zukunft zu unterlassen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Nach dieser positiven Aufnahme möchte ich gerne einen Dank aussprechen für die Problemerkennung in der Schulsozialarbeit. Es ist unbestritten, dass diese 80%, die wir Ihnen vorweisen, sehr wenig sind im Verhältnis zu den vorhandenen Fällen, die wir zu bearbeiten haben. Ich möchte erwähnen, dass diese 80%, die wir haben, mit Rücksprache der Abteilung beantragt worden sind. Für die Abteilung sind diese Pensen genügend und sie können diese infolgedessen auf die drei Schulzentren verteilen. Der Platz zum Arbeiten ist ebenfalls vorhanden, was auch ein wichtiger Punkt ist. Zum Votum des Sprechers der FDP möchte ich anmerken, dass die Schulsozialarbeit nicht Aufgaben vom KESD übernehmen. Wenn diese Fälle beim KESD sind, ist es bereits zu spät. Die Schulsozialarbeit ist niederschwellig in der Schule als Ansprechperson vorhanden, wenn Kinder ein Problem haben. Sie können sich dort anonym melden und ihr Problem anbringen. Die Schulsozialarbeit wird sich diesem Problem annehmen und versucht eine Lösung zu finden. Wenn es weiter geht und keine Lösung gefunden werden konnte, wie bei schweren Fällen, bei welchen die Polizei involviert wird und es schlussendlich an den KESD geht, haben wir bereits verloren, denn dabei werden viele Kosten generiert. Das Ziel ist es, dass es eine Niederschwelligkeit bei der Schulsozialarbeit abgehandelt und auch erledigt wird. Es ist eine Tatsache, dass wir an der Schule Wohlen 500 Fälle bei 2'500 Schülerinnen und Schülern haben, was doch sehr eindrücklich ist.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon: Bevor wir hier Stellen streichen, interessiert mich den Vergleich der Anzahl Musikschüler von 2013 und heute. Wenn wir diese 30% streichen und nach Empfehlung der SVP später die anderen 20% und 10% dazunehmen, werden wir in zwei oder vier Jahren über dasselbe erneut diskutieren. Ich empfehle Ihnen den Kürzungsantrag nicht anzunehmen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Gerne nehme ich Stellung zum Kürzungsantrag. Es handelt sich hierbei jedoch indirekt um keine Kürzung, denn diese Stellenprozente vom Jahr 2028 von 20% und vom Jahr 2030 von 10% haben wir im vorliegenden Bericht und Antrag bestens erklärt. Wie wir bereits vorhin gehört haben, würden diese wieder beantragt werden. Diese Stellenerhöhung ist nicht überflüssig, sondern notwendig. Die regionale Musikschule hat ein enormes Wachstum seit der Regionalisierung erfahren. Seit 2013 ist das Administrativpensum immer 55% gewesen, was bedeutet, dass es nie erhöht wurde. Die geplante und beantragte Stellenerhöhung wird schrittweise eingeführt. Das ist wahr, dass das neu ist. Die gutausgewiesene und schrittweise Erhöhung entspricht der vorausschauenden Strategie und Planung. Als letzter Punkt möchte ich erwähnen, dass wenn ein Antrag per 2028 und 2030 wiederzustellen, einen unvergleichlichen Mehraufwand generiert. Wir bitten Sie deshalb, den gestellten Antrag zu unterstützen und uns nicht in eine Zusatzschleife zu manövrieren. Ganz zum Schluss möchte ich gesagt haben, dass das Wachstum ganz sicher nicht mit einer Reduktion abgehandelt werden kann. Mit der Schüleranzahl kann ich Ihnen keine konkrete Antwort liefern. Hierfür bitte ich das Wort an Markus Beeler zu erteilen.

Beeler Markus, Leiter Musikschule: Das Wachstum der regionalen Musikschule ist seit 2013 ziemlich genau das Doppelte. Das heisst vom Jahr 2013 bis 2025 sind das etwa doppelt so viele Schüler wie damals.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Welchen Ansprüchen, wie bei 5.3 beschrieben, muss man hierbei gerecht werden?

Beeler Markus, Leiter Musikschule: Wir haben natürlich einen Bildungsauftrag. Wir machen das nicht hobbymässig und auch nicht ganz freiwillig, sondern es gibt ein Bundesgesetz 67A, es gibt Aargauer Vorgaben und es gibt gemeindliche Vorgaben. Wir haben einen Bildungsauftrag und müssen den Zugang möglichst kostengerecht für alle Kinder gewährleisten und führen auch das obligatorische Wahlfachangebot vom Kanton Aargau, wie auch der Musikgrundschule durch. Wir setzen Sachen um, die wir umsetzen müssen und vorgegeben sind.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Ich habe noch eine Frage zum Marketingkonzept. Wieso sollte die Musikschule eine Markstellung erhalten?

Beeler Markus, Leiter Musikschule: Das hat derselbe Grund. Wir müssen Wege suchen, wie diese Vorgaben umgesetzt werden können. Wir haben einen Teil, der subventioniert ist, aber auch einen Teil, der kostet. In diesem Falle wären das die Elternbeiträge. Insofern haben wir einen unternehmerischen Anteil enthalten, welchem wir auch gerecht werden müssen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Meine letzte Frage betrifft die Überstunden. Leider war keine Zahl ersichtlich. Wie viele Überstunden pro Mitarbeiter sind auf einen Monat gerechnet vorhanden?

Beeler Markus, Leiter Musikschule: Das sind jeden Monat ungefähr 50 bis 60 Stunden bei einem Pensum von 55%, welche konstant bleiben und nicht abgebaut werden können. Einige Mitarbeitende haben zudem auch viele Ferientage, welche ebenfalls nicht abgebaut werden können.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Also bedeutet das, dass eine Stelle 50 Überstunden im Monat hat?

Beeler Markus, Leiter Musikschule: Das ist korrekt. Bezüglich der vorhin erwähnten Verträge möchte ich ergänzen, dass der Kanton uns subventioniert, und zwar von einer halben Stunde eine Viertelstunde. Die zweiten 15 Minuten werden von der Gemeinde subventioniert und der Rest von den Elternbeiträgen abgedeckt. Dabei gibt es bei den Lehrpersonen einen zweiten Vertrag, welchen wir ausstellen müssen. Auch das ist gegeben im System des Kanton Aargau.

Büchi Roland, SVP: Die SVP ist sicherlich nicht gegen die Musikschule, aber wir werden keine Stellen auf Vorrat bewilligen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Es ist nicht auf Vorrat. Es wird erst dann zum Tragen kommen, wenn die Zeit gekommen ist. Wir wollen eine Planung und eine Planungssicherheit haben und das ist sicherlich etwas positives. Das muss auch anerkannt werden.

Abstimmung über Kürzungsantrag Musikschule

Der Kürzungsantrag

«Die beantragte Stellenerhöhung von 55% ist um 30% zu kürzen. Grund: Dieser Antrag ist unnötig. Er ist auf Vorrat und entspricht nicht der Norm. Die SVP unterstützt die Erhöhung um 25 Stellenprozent für 2026. Die 20 Stellenprozent für 2028 und die 10 Stellenprozent für 2030 lehnen wir heute ab. Diese Erhöhung kann in 2 oder 4 Jahren neu beantragt werden.»

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen zu 2 Enthaltungen abgelehnt. (1 Person befindet sich im Ausstand)

Zingg Lionel, FDP: Ich möchte gerne auf einen Satz hinweisen, den ich als kritisch empfinde. Diesen finden Sie auf der Seite 16. Unter Punkt 5.3 steht:

«Um die Marktstellung der Musikschule und damit auch das Pensum der Lehrpersonen erhalten zu können, muss das Marketingkonzept laufend angepasst werden, was in der Umsetzung einen erhöhten Aufwand mit sich bringt.»

Das heisst man muss Aufwand generieren, um Pensen rechtfertigen zu können, die eigentlich nicht gebraucht werden, wenn ich das so richtig verstehe. Das kann ich persönlich nicht verstehen und darum werde ich das ablehnen.

Ich finde, wenn offenbar ein Pensum der Lehrpersonen nicht mehr erhalten werden kann, dann soll dieses Pensum reduziert werden, was schlussendlich ein Vorteil für die Gemeindekasse mit sich bringt und allenfalls auch für die kantonale Kasse. Es muss nicht extra Marketingaufwand betrieben werden, nur um dieses Pensum erhalten zu können.

Frischknecht Julia, GLP: Ich hoffe ich kann hier etwas Klarheit schaffen, was die Pensen betreffend der Instrumentallehrpersonen ausmachen und wie diese zustande kommen. Die werden nicht im Voraus festgesetzt und müssen erhalten werden, denn die setzen sich anhand der Anzahl Schülerinnen und Schüler, welche am Instrumentalunterricht teilnehmen, zusammen. Zum Beispiel bei den Instrumenten Gitarre, Klavier und Schlagzeug melden sich dementsprechend viele Kinder an. Die Pensen sind immer riesig und hierbei gibt es in den meisten Musikschulen auch mehrere Lehrpersonen. Instrumente, die weniger bekannt sind, sind beispielsweise das Fagott, die Oboe oder die Panflöte. An dieser Musikschule, an der ich bin, gibt es viele Panflötenschülerinnen und Schüler. Für diese Instrumente, die nun jedoch weniger im Hörfeld der Kinder sind, muss und will man Werbung machen, sodass diese trotzdem erlernt werden können. Das Marketing ist insbesondere für weniger bekannte Instrumente gedacht und nicht diese, die bereits bekannt sind. Anhand der Anmeldungen die später eingehen, werden die Pensen der Lehrpersonen festgestellt, was bedeutet, dass diese nicht auf Vorrat oder unnatürlich erhalten werden. Wenn eine Lehrperson keine Anmeldungen hat, ist das Pensum null. Es ist nicht so, dass etwas künstlich am Leben erhalten wird, sondern es braucht immer die entsprechenden Anmeldungen von Kindern.

Zingg Lionel, FDP: Vielen Dank für Ihre Expertise. Das ist für mich geklärt und ich werde dem aus diesem Grund zustimmen.

Stäger Dieter, FDP: Ich habe etwas zu den Stellenbegehren der Abteilung Planung, Bau und Umwelt zu sagen. Auf der Seite 4 konnte ich im unteren Bereich in der kleinstwählbaren Schrift entnehmen können, dass 15 Stellenprozent für Hauswartung im Zusammenhang mit dem Kindergarten Farn bereits bewilligt sind, und zwar durch den Investitionskredit, den wir beschlossen und zugestimmt haben. Diese 15% stellen kein Riesenpensum dar, aber das ist eine unzulässige Vermischung zwischen Investitionen und einer laufenden Rechnung. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass auch kleine Pensenanpassungen in Zukunft erneut über einen separaten Bericht und Antrag eingehen. Wenn Sie den Bericht und Antrag des Doppelkindergartens Farn lesen, ist zu erkennen, dass zu dieser Stellenerhöhung auch kein Beschluss verfasst worden ist. Es ist lediglich unter den Betriebskosten erwähnt, aber es ist nicht beschlossen. Ich finde es grenzwertig, wenn Stellenerhöhungen versucht werden, möglichst unauffällig durchzubringen, auch wenn ich Verständnis dafür habe, da dieser Bereich nicht auf viel Gegenliebe in diesem Saal gestossen ist. Ich bitte den Gemeinderat, die Investitionen und Rechnungen wieder sauber zu trennen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir nehmen den Hinweis von Dieter Stäger natürlich entgegen. Wir sind jedoch der Meinung, dass wir diese Information einerseits im Bericht und Antrag sowie auch hier im Rahmen des Budgets transparent ausgewiesen und berücksichtigt haben.

Ich möchte gerne etwas zur Fachstelle Umwelt & Energie sagen, was im Votum von Roland Büchi vorgeworfen wurde, und zwar, dass es ideologisch gesteuert sei. Dagegen muss ich mich wehren. Es wurde auch vorgeworfen, dass die Grüngutgebühren nicht erfolgreich gewesen sind. Darauf möchte ich gerne auf die Fakten hinweisen. Sie können sich daraufhin selbst eine Meinung bilden, ob das ideologisch gesteuert ist oder nicht. Die Motion Grüngut, die im Einwohnerrat zuletzt behandelt worden ist, wurde mit einer grossen Mehrheit überwiesen. Es wurde soweit ich weiss vom damaligen CVP-Einwohnerrat überwiesen. Es war somit keine Eigenmotivation dieser Fachstelle, das umzusetzen. Es wurden weitere Postulate überwiesen mit Bezug auf das Klimaleitbild, die Energiestrategie, das Energieleitbild und so weiter. All diese Dinge hat der Einwohnerrat uns beauftragt, das so zu machen.

Ich möchte Sie ebenfalls darauf hinweisen, dass es bei der Überwachung der Sammelstellen um Präventionsarbeit, das Aufgleisen der Videoüberwachung, Reglemente sowie Anträge respektive Aufträge aus dem Einwohnerrat geht. Auch die Umweltgesetzgebung gehört dazu. Wir haben hierbei einen gesetzlichen Auftrag und wenn ein neuer Stoff separat gesammelt wird, dann müssen wir die entsprechenden Konzessionen vergeben. Das findet beispielsweise mit den ganzen Kunststoffsammlengeschichten statt.

Es kommt ebenfalls die Altlastensammlungen hinzu. Das sind hauptsächlich Deponien, welche vor vielen Jahren irgendwo angelegt worden sind und für welche wir die entsprechende Untersuchung machen müssen. Dazu gibt es ein Bundesgesetz. Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Dasselbe mit Lärm und Geruchsimmissionen. Auch das Thema mit dem Chlorothalonil, was sich auf die Wasserqualität bezieht. All diese Thematiken sind überhaupt nicht ideologiegesteuert, sondern dazu gibt es gesetzliche Grundlagen. Auch bei der ganzen PFAS-Thematik haben wir klare Verursacher, die nichts mit Umwelt zu tun haben.

Immer wieder vergessen wird die Neophytenbekämpfung. Das stellt eine Gefahr für unsere Flora und Fauna dar. Das sind zahlreiche Aufgaben, die grundsätzlich erledigt werden müssen und nicht ideologiegetrieben sind. Ich bitte Sie dieser Stelle zuzustimmen.

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderates

1. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Zentrale Dienste um 50 Stellenprocente beim Regionalen Zivilstandsamt.*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Gesellschaft, Soziales & Bildung um 80 Stellenprocente bei der Schulsozialarbeit.*

wird einstimmig zugestimmt.

3. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Sicherheit um 200 Stellenprocente bei der Regionalpolizei.*

wird einstimmig zugestimmt.

4. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Volksschule um 55 Stellenprocente bei der Schulverwaltung, Administration Musikschule.*

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt. (1 Person befindet sich im Ausstand).

5. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Planung, Bau & Umwelt um 60 Stellenprocente bei der Fachstelle Umwelt & Energie.*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 15148 Sanierung Industriestrasse – Etappe 1 und 2 – Genehmigung Verpflichtungskredite

Hans Rudolf Meyer, FGPK: Bei diesem Bericht und Antrag geht es um insgesamt fast CHF 3,4 Mio. Viel Geld für eine Gemeinde mit einer angespannten Finanzlage und die sparsam sein sollte. Darum lohnt es sich, da genau hinzuschauen, ob Sparpotenzial vorhanden ist, ob eine einfachere Ausführung machbar wäre und ob es sinnvoll ist das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt auszuführen. Der Auslöser für die Sanierung ist in erster Linie der schlechte Zustand der Kanalisation, die geplante Gleissanierung der AVA entlang der Industriestrasse und nicht zuletzt die Sicherheit des Langsamverkehrs und von den Fussgängern. Die bestehende Kanalisation ist bei der ersten und zweiten Etappe stark unterdimensioniert und in einem sehr schlechten Zustand. Die maroden Leitungen werden mit zum Teil doppelt so grossen Röhren ersetzt. Damit kann bei Starkregen das Wasser wieder aufgenommen werden. Gleichzeitig wird mit der Kanalisation die IBW Technik AG das vorhandene Wasser- und Stromnetz sowie die Swisscom AG ihr Netz erneuern und ausbauen. Damit beteiligen sich die genannten Betriebe anteilmässig an den Strassenaufbruchs- und Belagskosten. Bei der geplanten Gleissanierung ist der Bereich beim Bahnübergang betroffen. Es macht Sinn, dass dieser Abschnitt abgestimmt mit der Sanierung der Gleise in Angriff genommen wird. Das wird frühestens im Jahre 2027 der Fall sein.

Die Industriestrasse ist grundsätzlich in schlechtem Zustand. Sie ist eine stark befahrene Strasse, verursacht durch Mitarbeiter der angrenzenden Industrie- und Gewerbebetriebe, durch viel Kundenverkehr zum Abholshalter Galaxus/Digitec und nicht zuletzt hat es viel Fussgängerverkehr. Die Sicherheit der Fussgänger in diesem Bereich ist stark gefährdet. Darum ist es kein Luxus, wenn an der Industriestrasse die Gehwege für Fussgänger ausgebaut werden. Auch erfordert das Behindertengleichstellungsgesetz den Ausbau zu barrierefreien Bushaltestellen, auch wenn ich kein Fan von Bussen, die in der Mitte der Strasse anhalten, bin. Der Verzicht auf luxuriöse Busbuchten und die Reduzierung von drei auf zwei Haltestellen verursachen geringere Kosten für diesen Bereich. So oder so müssen diese Arbeiten durch die Gemeinde gemacht und finanziert werden.

Wenn nur die Kanalisation und der geplante Umbau der Bushaltestellen bewilligt wird, haben wir zwar nur in das Nötigste investiert aber ein grossartiges Flickwerk geschaffen. Die Sanierung der Industriestrasse muss früher oder später trotzdem gemacht werden. Wenn wir später ausbauen, zeigt uns das der verpatzte Ausbau Pilatusstrasse / Haldenschulhaus, oder das werden wir sehen bei der verschobenen Schulraumplanung, dann wird es zu hundertprozentig viel teurer werden.

Die FGPK hat nach ausführlicher Diskussion die Notwendigkeit dieser Sanierung gesehen und ist der Meinung, dass man das Geschäft nicht auf später verschieben sollte.

Die FGPK stimmt beim Bericht und Antrag 15148 für die Sanierung der Industriestrasse Etappe 1 einstimmig zu und für den Ausbau der Industriestrasse Etappe 2 grossmehrheitlich. Für die Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsleitungen Etappe 1 und Etappe 2 stimmt sie einstimmig zu.

Die Fraktion der FDP/Dorfteil Anglikon ist mehrheitlich für die Sanierung der Industriestrasse Etappe 1 und 2. Wir begrüssen den Ausbau der Kanalisation und den Bau der Gehwege zur Sicherheit der Fussgänger. Ebenso unterstützen wir die Reduzierung der Bushaltestellen und die einfache Anpassung mit der Erhöhung der Bushaltekannte. Unter keinen Umständen können wir aber einen luxuriösen Ausbau mit Busbuchten sowie auch Wartehäuschen im Strassenbereich tolerieren. Es braucht an der Industriestrasse kein Vorzeigebau und keine Luxusbauten.

Arsène Perroud, Gemeindeammann: Herzlichen Dank Hans Rudolf Meyer für die Stellungnahme seitens der FGPK. Ich möchte mich kurzfassen: wir haben verschiedene Aufgabenstellungen, die wir miteinander sinnvoll zusammengebracht haben. Der Haupttreiber des vorliegenden Antrages, der einen grossen Handlungsbedarf beinhaltet, ist die unterdimensionierte Kanalisationsleitung. Wie der Sprecher der FGPK bereits gesagt hat, macht es Sinn andere Aufgaben gleichzeitig zu erledigen.

Jede andere Version, die man machen möchte, führt zu enormen Mehrkosten, weil alles doppelt gemacht wird und es schlussendlich zu keiner besseren Lösung führt. Alle anderen Aspekte hat der Sprecher der FGPK ausgeführt. Ich möchte noch ein kurzes Wort halten zum Thema Wartehäuschen bei den Bushaltestellen, welche nicht an den Kantonsstrassen stehen, und viele Frequenzen haben: dort gibt es generell keine Buswartehäuschen in der Gemeinde Wohlen. Es gibt unterschiedliche Ansichten in der Gemeinde Wohlen. Die einen wollen es und die anderen nicht, aber wir planen nirgends Bushaltesthäuschen.

Fraktionsmeinungen

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Wir unterstützen sämtliche vorliegenden Verpflichtungskredite zur Sanierung der Industriestrasse. Wir danken dem Gemeinderat und den beteiligten Fachstellen für die sorgfältige Projektierung und transparente Darstellung dieser Notwendigkeiten. Warum befürworten wir dieses Projekt? Ein zentrales Anliegen unserer Fraktion ist die nachhaltige Entwicklung unserer Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur in Takt bleibt. Der schlechte Zustand der Industriestrasse sowie die überlasteten und beschädigten Abwasserleitungen erfordern ein koordiniertes, vorausschauendes Handeln. Mit der gleichzeitigen Sanierung der Strasse, der Kanalisation sowie dem Ausbau der Beleuchtung und Bushaltestellen setzen wir ein Zeichen für effiziente Planung und langfristige Werterhaltung, was ganz im Sinne einer nachhaltigen Finanz- und Infrastrukturpolitik entspricht. Zudem ist die Verbesserung der Fusswegverbindungen entlang der Industriestrasse und die barrierefreie Gestaltung der Bushaltestellen konsequente Schritte zu einer inklusiven und umweltfreundlichen Mobilität. Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Fuss- und Veloverkehr sicherer und attraktiver wird. Besonders hervorheben möchten wir die geplanten durchgehenden Gehwege und die Integration der kantonalen Veloroute wichtige Elemente einer ökologischen Verkehrstrategie sind. Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet uns als Gemeinde zur Umsetzung barrierefreier öV-Infrastruktur. Unsere Fraktion bekennt sich klar zu dieser Verantwortung. Die heutigen Bushaltestellen entsprechen in keiner Weise diesen Anforderungen. Es ist höchste Zeit, dass auch Menschen mit Behinderungen in diesem zentralen Industriegebiet selbstbestimmt mobil sein können. Das Projekt verfolgt einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz, indem mehrere Sanierungsbedürfnisse wie Strasse, Kanalisation und öV-Infrastruktur gleichzeitig behandelt werden. Dies entspricht dem Effizienzgedanken unserer Fraktion. Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Diese Bündelung von Massnahmen reduziert nicht nur Bauzeit und Emissionen, sondern auch die Kosten. Die Industriestrasse ist eine der wichtigsten Erschliessungen für das Gewerbe in Wohlen. Eine funktionierende und sichere Infrastruktur ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg und die Standortqualität. Gerade auch im Interesse der in Wohlen ansässigen Unternehmen, ist die Aufwertung der Erschliessung ein positiver Schritt. Alles in allem entsprechen die vorliegenden Verpflichtungskredite einem modernen, nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit unserer Infrastruktur. Sie sind Investitionen in Sicherheit, Lebensqualität, Umwelt und wirtschaftliche Zukunft. Unsere Fraktion stimmt daher allen Anträgen des Gemeinderates klar zu.

Sieroka Pia, Grüne: Die Fraktion der Grünen bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht und Antrag zur Sanierung der Industriestrasse. Die Grundlage des Sanierungsplans ist der jetzige schlechte Zustand der Industriestrasse, der ein Risiko für Verkehrsteilnehmende darstellt. Ein weiterer, sehr entscheidender Aspekt ist der schlechte Zustand und die beschränkte Kapazität der Kanalisation. Angesichts des Anstiegs von Extremwetterlagen, die Starkregen begünstigen, besteht ein hohes Risiko dafür, dass die jetzige Kanalisation Wassermengen nicht mehr aufnehmen könnte, und so höhere Folgeschäden entstehen können. Die Sanierung ist zwingend notwendig. Es ergibt für die Fraktion der Grünen absolut Sinn, dass im Rahmen einer Sanierung alle Aspekte bearbeitet werden. Die Kanalisation, die Leitungen, der Gehweg und Strassenbelag. Das ist wie so oft vom Gemeinderat eine sehr effiziente Vorgehensweise. Die IB Wohlen AG und die Swisscom beteiligen sich an den Strassenaufbruchs- und Belagskosten. Anlieger an der Industriestrasse sind zum Beispiel die Galaxus, Digitec oder Fresh and Frozen Food, wodurch viel Verkehr entsteht. Für die anliegenden Unternehmen ist eine solide Infrastruktur und ein geordneter Zugang über die Industriestrasse von grosser Bedeutung. Die Finanzierung der Kanalisationsarbeiten werden über separate Spezialfinanzierung, wie die Abwasserbeseitigung gedeckt und belasten die Erfolgsrechnung der Gemeinde Wohlen nicht. Die Fraktion der Grünen unterstützt die Genehmigung aller vier Verpflichtungskredite vollumfänglich.

Hyde Owen, SP: Wir von der Fraktion SP sind, wie auch die Meisten, dafür, dass die vier Aufträge einstimmig angenommen werden. Wie man dem Bericht entnehmen kann, ist es dringend nötig, dass die Kanalisationen bei der Industriestrasse saniert werden. Wenn diese Kanalisationen sowieso saniert werden, macht es auch Sinn, die Strasse ebenfalls zu sanieren, zumal sich die IB Wohlen AG sowie die Swisscom sich beim Strassenaufbruch bei den Belagskosten beteiligen. Ebenfalls müssen wir das Behindertengleichstellungsgesetz erfüllen, was wir mit diesem Projekt auch gewährleisten können.

Hüsser Max, SVP: Die Fraktion SVP genehmigt alle vier Verpflichtungskredite für die Sanierung und den Ausbau der Industriestrasse sowie die Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsleitungen einstimmig, und zwar mit folgender Begründung. Obwohl die Kosten der Verpflichtungskredite einen Gesamtbetrag von CHF 3,4 Mio. ergeben und damit für unsere Gemeinde wiederum eine kostspielige Investition bedeutet, hat uns der Bericht und Antrag 15148 überzeugt, dass die Strassensanierung sowie die Erneuerung der Kanalisationsleitungen nicht aufgeschoben werden kann, zumal sich diese in einem weitgehend schlechten Zustand befinden. Zudem können wir mit dem Ausbau der Bushaltestellen dem Behindertengleichstellungsgesetz gerecht werden. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass die Industriestrasse inskünftig als Umfahrungsweg respektive Schleichweg noch öfter frequentiert werden dürfte, da der Verkehr in Wohlen mit der Bevölkerungsexplosion laufend zunimmt. Die Hoffnung stirbt zuletzt, dass es wieder einmal eine Trendwende geben wird. Die SVP wird auch inskünftig tatkräftig dafür eintreten.

Donat Marc, Die Mitte: Die Industriestrasse ist offensichtlich in einem schlechten Zustand. Die Bestandesaufnahmen, insbesondere von den Werkleitungen, zeigen klar auf, dass hier Handlungsbedarf besteht. Die hydraulische Unterlast ist massiv und es benötigt eine grössere Kapazität bei starkem Regen. Zudem sind auch einige Leitungen undicht und es darf wie bekanntlich kein Abwasser in die Erde gelangen. Durch die hohe Frequenz des Lichtverkehrs, insbesondere entlang der Bahnlinie, ist es für die Fussgänger aufgrund des fehlenden Trottoirs sehr gefährlich. Durch die frühzeitige Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des AVA-Gleisprojektes können auch Synergien genutzt werden, wodurch die Gemeinde Wohlen mehr Platz bekommt. Ohne das würde zukünftig die Strasse in diesem Bereich lediglich mit einem Einbahnregime funktionieren. Zusätzlich müssen auch die Bushaltestellen, wie die Vorredner bereits erwähnt haben, zwingend gemäss BIG umgebaut werden. Hierzu werden die Bushaltestellen teils auch aufgehoben und zusammengelegt. All diese genannten Punkte zusammen machen eine Komplettsanierung notwendig. Die Mitte-Fraktion empfiehlt trotz des Wissens um die schwierige finanzielle Situation die Annahme sämtlicher Verpflichtungskredite für die Sanierung der Industriestrasse gemäss Bericht und Antrag 15148.

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderates

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Sanierung der Industriestrasse – Etappe 1 (K147/K363/K266) in Gesamtbetrag von CHF 940'000 (inkl. 8.1% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Ausbau der Industriestrasse – Etappe 2 im Gesamtbetrag von CHF 972'000 (inkl. 8.1% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

3. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsleitung Industriestrasse – Etappe 1 im Gesamtbetrag von CHF 615'000 (inkl. 8.1% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

4. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Sanierung und Erneuerung der Kanalisationsleitung Industriestrasse – Etappe 2 im Gesamtbetrag von CHF 868'000 (inkl. 8.1% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

Motion 15143 betreffend Ergänzung der Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertungen» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024

Hauri Claudia, SVP: Mein Antrag lautet: der Gemeinderat wird beauftragt im Budgetbericht der Einwohnergemeinde Wohlen weitere Detailzahlen und Auswertungen sowie Erläuterungen zur Investitions- sowie Erfolgsrechnung ab dem Budget 2026 wieder hinzuzufügen. «Wieder» bedeutet, wie ich bereits im Titel gesagt habe, dass im Umfang der Jahre bis und mit Budget 2024. Das Budget 2025 ist das erste Mal nach der Organisation der Gemeinde Wohlen erstellt worden. Das Budget besteht neu aus zwei Berichten: einem einfachen und übersichtlich kommentierten Bericht und aus einem detaillierten, reinen Zahlenbericht. Der neue und dünnere Budgetbericht hat gute und vereinfachte Darstellungen mit allgemeinen Kommentaren. Der detaillierte und reine Zahlenbudgetbericht, also der umfänglichere mit weiteren Detailzahlen und Auswertungen, ist die Basis für den dünnen Budgetbericht. Dieser muss jedoch verstanden werden, da die FGPK den umfänglichen Budgetbericht respektive das reine Zahlenmaterial ohne Kommentare prüft und die Budgetanpassungen, welche in der Regel Kürzungsanträge sind, müssen sich auf die Positionen im detaillierten Budgetbericht beziehen. Pauschale Kürzungsanträge sind, wie wir definitiv wissen, nicht möglich. Fehlinformationen zu den einzelnen Positionen müssen wie folgt gesammelt werden: in einem ersten Schritt muss im einfachen und übersichtlichen Budgetbericht nachgeschaut werden, ob die gesuchten Informationen überhaupt vorhanden sind und wenn nicht, muss in einem zweiten Schritt die gesuchten Informationen mündlich oder schriftlich beim Gemeinderat oder seiner Fachstellen angefragt werden. So verlieren einerseits die Gemeindeverwaltung, aber auch wir Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen Zeit und Energie mit dem Sammeln von fehlenden Informationen. Wir verlieren auch das Ziel aus den Augen eine konstruktive Budgetdebatte mit dem Gemeinderat führen zu können. Darum bitte ich Sie meine Motion zu unterstützen. Wir möchten erneut die Erläuterungen zu den einzelnen Positionen in dieser finanziell schwierigen Situation von Wohlen erhalten. Wer weiss vielleicht ist es möglich gleichzeitig im digitalisierten Budgetbericht das so zu handhaben, dass die Erläuterungen mit einem Klick direkt angezeigt werden. Die SVP Wohlen-Anglikon wird meiner Motion einstimmig zustimmen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Was auf den ersten Blick nach einem harmlosen Wunsch nach mehr Transparenz aussieht, ist in Wahrheit ein Eingriff in die operative Zuständigkeit des Gemeinderates und somit rechtlich unzulässig. Gemäss Gemeindeordnung § 21 dürfen Motionen nur Geschäfte betreffen, welche in der Zuständigkeit des Einwohnerrates liegen. Die Ausarbeitung und die inhaltliche Gestaltung der Budgetunterlagen ist jedoch Sache des Gemeinderates. Ein verbindlicher Auftrag zur Berichtsform, wie in dieser Motion verlangt wird, ist somit nicht zulässig. Der aktuelle Budgetbericht 2025 entspricht den kantonalen Vorgaben inklusive der Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Kreditkontrollen, Kennzahlen und so weiter. Die Gliederung nach HRM2 ist korrekt. Die wesentlichen Abweichungen werden kommentiert. Mehr verlangt das Gesetz nicht. Seit 2025 wird das Budget in zwei Dokumenten dargestellt: in einem kommentierten Überblick und in einem mit detaillierten Zahlen. Die neue Form wurde bewusst eingeführt, um einen besseren Überblick zu schaffen. Das Bedürfnis nach weiteren Erläuterungen ist vom Gemeinderat freiwillig aufgenommen worden und wird künftig berücksichtigt. Eine verbindliche Rückkehr zur alten Form führt jedoch zu einer Doppelspurigkeit, Mehraufwand für die Verwaltung und wenig bis gar keinen zusätzlichen Nutzen für die Debatte. Statt klaren Informationen hätten wir mehr Papier und weniger Fokus. Die Motion ist inhaltlich unnötig, rechtlich unzulässig und organisatorisch hinderlich. Der Gemeinderat hat jedoch das Bedürfnis erkannt und handelt bereits. Wir brauchen für das keine Motion, sondern das Vertrauen in die Exekutive. Der Gemeinderat erklärt sich jedoch bereit die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Hauri Claudia, SVP: Ich möchte nicht, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt wird, weil es daraufhin auf eine Wartebank kommt, was ich nicht möchte. Ich möchte, dass es sofort eingeführt wird.

Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Auch die Mitte-Fraktion hat diese Ergänzungen und Erläuterungen im Budget vermisst, weswegen der Wunsch besteht, diese wieder aufzuführen. Dies, obwohl der Gemeinderat das geändert hat und es in dieser Form übersichtlich ist. Insbesondere der dünnere Teil, welchen wir auch sehr

gut finden. Aus effizienten und transparenten Gründen möchten wir das gerne wieder wie zuvor haben und stimmen deswegen dieser Motion einstimmig zu.

Galliker Eugen, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich möchte die Meinung der FDP-Fraktion Wohlen und Dorfteil Anglikon kundgeben, und zwar ohne die Information, welche wir gerade von Denise Strasser erhalten haben. Unsere Überprüfung dieser Motion hat ergeben, dass wir den Erhalt von mehr Details- und Zahlenergänzungen grundsätzlich unterstützen und uns als dienlich erscheint. Wir erachten es allerdings als wichtig, dass das Aufwands- und Ertragsverhältnis ausgeglichen und ohne zusätzliche Kosten erhalten bleibt. Wir stimmen der Überweisung einstimmig zu.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Unsere Fraktion empfindet die Budgetbroschüre als übersichtlich und vollständig. Wir sind in der Lage anhand von den gelieferten Zahlen und Erläuterungen die Aussagen des Budgetberichts nachzuvollziehen und sehen keinen Bedarf an zusätzlichen Erläuterungen. Die Fraktion GLP/EVP ist gegen die Überweisung dieser Motion.

Schmid Patrick, Grüne: Wir hätten der Überweisung eines Postulats zugestimmt. Als Motion werden wir den Vorstoss ablehnen.

Christen Peter, SVP: Was wir hier gerade erlebt haben, ist nichts anderes wie der Versuch einer Finanzministerin oder des gesamten Gemeinderates, uns Scheuklappen anzuziehen. Was früher möglich war, ist plötzlich nicht mehr machbar. Es wird gesagt, dass es nur «Goodwill» war und nun nicht mehr nötig sei. Stattdessen wird uns nun ein Postulat angeboten. Wir werden hier nicht ernst genommen. Im Leitbild ist enthalten, dass klar von Transparenz geredet wird. Das ist alles andere, was hier geboten wird. Wir finden diese Ausführungen eine Frechheit.

Pascolin Laura, SP: Die SP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen, aber das Postulat schon. Wir finden, dass Erläuterungen nicht nur für den Einwohnerrat, sondern auch für die Bevölkerung es lesefreundlicher gestalten würde.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Sie haben bereits die Fraktionsmeinung meiner Kolleginnen und Kollegen gehört, die ich natürlich ebenfalls teile. Tatsächlich möchte ich der SVP zur Hilfe eilen, und zwar ausfolgendem Grund. Der Gemeinderat macht vorwiegend rechtliche Gründe geltend mit Begründungen, warum die Umsetzung nicht möglich sein wird.

Wenn es um das Thema Recht geht, werde ich immer hellhörig. Der Einwohnerrat hat vor zehn Jahren darüber diskutiert den Paragraphen in der Gemeindeordnung aufzunehmen. Dies können Sie im entsprechenden Protokoll nachlesen. Gemäss § 21, Absatz 2, muss der Gemeinderat bei einer Überweisung das erforderliche dieser Motion umsetzen. Genau das gleiche finden Sie auch beim Kanton. Der Regierungsrat muss das genauso handhaben, wenn der Grossrat etwas beschliesst. Wenn diese Motion überwiesen wird, soll der Gemeinderat seine Pflicht erfüllen und sie umsetzen. In der Vergangenheit hat er das ebenfalls so gehandhabt. Das muss rechtlich zulässig sein, wenn es gemäss HRM2 oder gemäss den kantonalen Vorgaben nicht vorgesehen ist, heisst das nicht, dass es rechtlich unzulässig ist. Wenn der Einwohnerrat das nun verlangt, dann hat der Gemeinderat das Erforderliche umzusetzen. Es ist machbar. Wie vom Sprecher der SVP vorhin gesagt wurde, wurde das in der Vergangenheit ebenfalls so gemacht und es soll auch in Zukunft möglich sein. Es bringt dem Einwohnerrat etwas und ist sinnvoll, weswegen wir diese Informationen haben wollen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Zur Aussage von Denise Strasser betreffend des Rechts. In der gleichen gesetzlichen Grundlage ist dasselbe Vorgehen bereits Jahre vorher angewendet worden. Wieso sollte es denn nun nicht mehr gehen? Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, wird dies wiederum eine längere Zeit in Anspruch nehmen, bis schlussendlich ein Bericht vorliegt. Dieser Bericht ist jedoch bereits jetzt vorhanden. Viel mehr wird der Gemeinderat in den Bericht für das Postulat nicht hineinschreiben. Ich bitte Sie diese Motion zu unterstützen.

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: Ich möchte Sie als FGPK-Präsident bitten, dieser Motion zuzustimmen. Es ist enorm wichtig für die Arbeit der Kommissionsmitglieder. Es würde Transparenz schaffen und es vereinfacht die Arbeit enorm. Ich bitte Sie, sich selbst nicht mehr Arbeit zu machen, sondern Ja zu dieser Motion zu sagen.

Stäger Dieter, FDP: Die Finanzverwaltung und alle Abteilungen, die budgetieren, stellen sowieso eine Menge Erläuterungen zu Händen des Gemeinderates zusammen. Ich finde grundsätzlich den Wechsel zur institutionellen Gliederung, der mehr den Führungsmodellen entspricht, den richtigen Weg. Ich würde mich jedoch darüber freuen, wenn wenigstens ein Teil dieser Informationen, die der Gemeinderat bei der Budgetberatung hat, auch zu uns kommen würden, um das Budget etwas besser zu beurteilen. Nicht jeder von uns ist, wie ich, jeden Tag mit diesen Zahlen beschäftigt, was die Angelegenheit auch erleichtern würde. Insofern bin ich auch für die Überweisung dieser Motion.

Christen Peter, SVP: Ich staune immer wieder, wie viele Finanzexperten wir hier im Saal haben. Offenbar hat der gesamte rechte obere Teil des Flügels die Informationen nicht nötig, wissen alles und können alles entscheiden. Es gibt jedoch sicherlich Leute, die haben diesen Bericht oberflächlich gelesen, wie viele hier. Dass die SP einverstanden ist, ein Postulat daraus zu machen, ist ein Kniefall. Sie wissen ganz genau, wenn nicht reagiert wird, können wir es in einem Bericht und Antrag erneut abschreiben. Gerne erwähne ich, dass dies ein Versuch des Gemeinderats darstellt unsere klare Sicht auf die Dinge zu verschleiern. Das ist nichts anderes. Bitte stimmen Sie dem Antrag von Claudia Hauri zu.

Parvex Olivier, GLP: Ich möchte die Einwohnerratssitzung nicht verlängern, aber gemäss Peter Christen, könnte man meinen, es geht um Leben und Tod. Ich bin in der FGPK und jede Frage, die dort gestellt wurde, wurde vom Gemeinderat und den Abteilungen beantwortet, weswegen ich hier kein Problem sehe.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Es ist nicht so, dass wir das nicht weiterhin so handhaben können, wie hier angenommen wurde. Wieso sollten wir das jahrelang so gemacht haben und nun sollte es plötzlich nicht mehr möglich sein? Es geht gar nicht um das, sondern darum, dass entschieden wurde, das Ganze in einer anderen und schlankeren Version zu machen. Wie wir es bereits letztes Mal ausgeführt haben, handelt es sich hier um eine andere Flughöhe. Das hat nichts damit zu tun, dass wir hier etwas verstecken wollen. Es kann alles nachgefragt werden. Es geht darum zu sehen, wo die wesentlichen Veränderungen sind. Wir sehen es bei der Budgetdebatte immer wieder, denn es werden jegliche Positionen diskutiert, die am Ende nichts ausmachen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich kann diese Emotionalität bei dieser Fragestellung nicht nachvollziehen. Der Unterschied einer Motion zu einem Postulat ist nicht, dass das eine erledigt wird und das andere nicht, denn beide haben dieselben Fristen. Mit der Motion ist es ein verbindlicher Auftrag und beim Postulat handelt es sich um eine Anregung, die überwiesen werden soll, um das Ganze zu prüfen. Das ist auch der Grund, warum wir bereit waren, dies entgegenzunehmen. Wir haben bereits bei der Neubudgetierung 2025 genau mit diesem Anliegen zu tun gehabt und dieses gegenüber der FGPK mehrmals ausgeführt, dass wir dieses Anliegen selbstverständlich aufnehmen. Bei der Prüfung der Rechnung 2024 ist das Ganze wieder zur Sprache gekommen. Auch dort haben wir ausgeführt, dass wir dieses Anliegen aufnehmen und diese Details in geeigneter Form darstellen. Daraufhin wurde diese Motion eingereicht. Bitte nehmen Sie die bisherigen Äusserungen des Gemeinderates zur Kenntnis. Unsere Auslegung bezüglich Zuständigkeit ist eine andere als die von Harry Lütolf. Schlussendlich ist unsere Einschätzung, dass die Zuständigkeit nicht beim Einwohnerrat liegt, sondern beim Gemeinderat. Ich möchte jedoch klarstellen, dass wir Ihr Anliegen sehr wohl aufgenommen haben. Die Vorwürfe betreffend Verzögerungen treffen nicht zu, sondern im Gegenteil, wir sind sehr daran interessiert transparent und offen zu informieren.

Abstimmung

Die Motion 15143 betreffend Ergänzung der Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertungen» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024

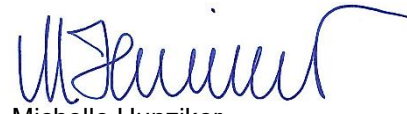
wird mit 24 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen überwiesen.

Läuffer Marc, Präsident: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für eures konstruktives Mitwirken. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 8. September 2025 um 19.00 Uhr statt.

Für das Protokoll



Marc Läufer
Präsident



Michelle Hunziker
Aktuarin